



Füller & Krüger
Strategische Beratung

Bürgerdialog „Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft“

Bericht

Füller & Krüger
Januar 2018



Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Kurzübersicht	3
2. Grundlagen, Termine und Themen	4
2.1. Regionen und Teilnehmer	5
2.2. Auswahl der Themen	6
2.3. Stimmungen, atmosphärische Eindrücke und Kernwerte	8
3. Inhaltliche Anregungen, Handlungsempfehlungen und Projektideen	9
3.1. Ergebnisse der regionalen Dialogveranstaltungen	9
- Bildung	9
- Gesundheit, Alter, Pflege	15
- Sozialer Zusammenhalt, Engagement, Ehrenamt	17
- Wirtschaft	19
- Forschung	21
- Infrastruktur	22
- Innere Sicherheit	24
- Zuwanderung, Flüchtlinge, Integration	26
- Entwicklung ländlicher Raum	28
- Familienpolitik	29
- Umwelt- und Klimaschutz	30
- Finanzielle Ausstattung von Kommunen	31
3.2. Konkrete Ideen aus der Online-Beteiligung	33
4. Einschätzungen und Empfehlungen des Dialogbeirates	35
5. Fazit	36



1. Kurzübersicht

Das Projekt „Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft“, das der ehemalige Ministerpräsident Stanislaw Tillich Ende März 2017 ins Leben gerufen hat, möchte in einem dialogorientierten Prozess unter Beteiligung sächsischer Bürger wichtige landespolitische Fragen zu Sachsens Zukunft erörtern, konkrete Antworten aufzeigen und den Dialog intensivieren.

Zum einen geht es um das Miteinander. So soll das Angebot dazu beitragen, das Verständnis zwischen den Regierenden und Bürgern sowie zwischen Bürgern mit unterschiedlichen Hintergründen und Einstellungen untereinander und wechselseitig zu befördern. Zum anderen geht es um die Zukunft und deren konstruktive Gestaltung. So sollen in dem Projekt Themen identifiziert werden, die die Bürger in besonderer Weise bewegen und damit für die Entwicklung des Freistaates wichtig sind. Darüber hinaus ist es Ziel, weitere Erfahrungen mit informellen Formen der Bürgerbeteiligung zu sammeln.

Kernstück des konsultativen Beteiligungsverfahrens sind sechs regionale Veranstaltungen mit Bürgern, die jeweils von einer regionalen Vorbereitungsgruppe aus zufällig ausgewählten Bürgern thematisch vorbereitet wurden. Im Nachgang zu den sechs Dialogveranstaltungen gab es jeweils die Möglichkeit, die dort diskutierten Themen und Vorschläge auch online unter www.dialog.sachsen.de zu diskutieren. Entscheidend für den gewählten Aufbau des Projekts ist, dass Bürger die inhaltlichen Impulse für das gesamte Projekt liefern.

Von Anfang April bis Ende August erfolgte die dreistufige Bürgerbeteiligung, bestehend aus den Vorbereitungsgruppen, den regionalen Dialogveranstaltungen und der stets dazugehörigen Online-Beteiligung. Die Einbindung der Bürger erstreckte sich mit Veranstaltungen in sechs Regionen Sachsens über den gesamten Freistaat. In den regionalen Dialogveranstaltungen kam der Ministerpräsident mit mehr als 700 Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch. Nimmt man die Vorbereitungsgruppen und die Online-Beteiligung hinzu, brachten sich mehr als 850 Menschen mit Vorschlägen, Ideen, Sorgen und Kritik in das Projekt ein.

Die besonderen Bedingungen des ländlichen Raumes spielten themenübergreifend stets eine Rolle. Vielfach kamen Wertediskussionen auf, zum Beispiel über den Umgang der Menschen miteinander, die Angst vor Verrohung und Vereinsamung, die stärkere Einbindung von Jugendlichen in gesellschaftliche Entscheidungsprozesse, aber auch der Wunsch, ehrenamtliches Engagement stärker zu würdigen und besser zu koordinieren. In keinem einzigen Fall kam es zu persönlichen Angriffen oder Beleidigungen. Vielmehr haben die Bürger das Gespräch dankend angenommen und sich konstruktiv nach Kräften eingebracht.

Das Projekt wird von einem Dialogbeirat begleitet. Um sich selbst ein Bild vom Verlauf des Bürgerdialogs und den inhaltlichen Auseinandersetzungen zu machen, haben Mitglieder des Beirates sowohl an den Vorbereitungsgruppen als auch an den Dialogveranstaltungen teilgenommen.

Dieser Bericht fasst die Ergebnisse des Bürgerdialogs „Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft“ zusammen. Der Ministerpräsident wird sich nach Abschluss aller regionalen Dialogveranstaltungen zu den Ideen und Vorschlägen in einem Bürgerforum positionieren.



2. Grundlagen, Termine und Themen

Das Projekt „Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft“ verläuft in verschiedenen Stufen, die aufeinander aufbauen.

Am Anfang stand die Einberufung eines Dialogbeirates durch den Ministerpräsidenten. Die konstituierende Sitzung fand am 29. März 2017 in der Sächsischen Staatskanzlei statt. Die wesentliche Funktion des Beirates besteht darin, das Gesamtprojekt als ein aus Bürgern zusammengesetztes Aufsichtsgremium zu begleiten. Der Beirat setzt sich aus folgenden ehrenamtlichen Mitgliedern zusammen: Gabriele Beyler, Joachim Böhm, Harald Fugger, Rainer Gläß, Katja Hillenbrand, Volker Lange, Prof. Timo Leukefeld, Felicitas Loewe, Prof. Dr. Astrid Lorenz, Sebastian Reißig, Astrid Scharschuch, Mandy Schipke und Manuela Thomas.

Es folgte die Phase der Beteiligung. Die teilnehmenden Bürger lieferten die inhaltlichen Impulse für das gesamte Projekt. Aufgrund dieses Vorgehens kam der Art und Weise der Einbindung der Bürger in das Projekt eine besondere Bedeutung zu. Die Bürgerbeteiligung wurde wie im Konzept vorgesehen in drei Stufen umgesetzt und dokumentiert:

- Vorbereitungsgruppen
- Regionale Dialogveranstaltungen
- Online-Beteiligung

Die Funktion der Vorbereitungsgruppen bestand darin, durch ein strukturiertes Vorgehen geeignete und aus Sicht der Teilnehmer diskussionswürdige Leitthemen für die regionalen Dialogveranstaltungen herauszuarbeiten. Für alle Landkreise fanden insgesamt sechs Vorbereitungsgruppen mit jeweils durchschnittlich 20 zufällig ausgewählten Teilnehmern statt. Deren Auswahl erfolgte durch das Marktforschungsunternehmen aproxima nach der Vorgabe, dass verschiedene Altersklassen, Bildungsabschlüsse sowie Frauen und Männer aus den jeweilig zugeordneten Landkreisen angemessen vertreten sein sollten. Die Vorbereitungsgruppen verständigten sich auf die aus ihrer Sicht vier für die Region bedeutendsten Themen und gaben erste inhaltliche Anregungen für die weitere Diskussion.

Den Vorbereitungsgruppen folgten die regionalen Dialogveranstaltungen mit dem Ministerpräsidenten. Sie waren ausgelegt auf eine maximale Teilnehmerzahl von 120 bis 150 Teilnehmern und grundsätzlich offen für alle Bürger. Vorausgesetzt wurde lediglich, dass sich Interessierte anmeldeten und dabei angaben, zu welchem der durch die Vorbereitungsgruppe vorgegebenen Themen sie sich in die Diskussion einbringen wollen. Während der Veranstaltungen wurden die einzelnen Themen in kleinen Arbeitsgruppen mit 15 bis 25 Teilnehmern diskutiert.

Zumeist trugen Mitglieder der Vorbereitungsgruppen die inhaltlichen Anregungen aus ihrer vorangegangenen Arbeit in den Arbeitsgruppen persönlich vor. Die anschließenden Diskussionen hatten die Aufgabe, Sorgen und Meinungen zu diskutieren und darüber ein gewisses Einverständnis herzustellen. Aus dem erkannten Handlungsbedarf sollten schließlich möglichst konkrete Vorschläge und Ideen für politisches Handeln entwickelt werden.

Die Gruppendiskussionen leiteten jeweils unabhängige Moderatoren. Mitarbeiter der Staatskanzlei fungierten als Zuhörer und notierten wichtige Hinweise. Der Ministerpräsident nahm



an mehreren Gruppendiskussionen eines Abends teil, hörte zu und mischte sich ein. Die Ergebnisse der Gruppendiskussionen wurden anschließend durch die Moderatoren unter Einbindung besonders engagierter Teilnehmer im Plenum vorgestellt. Abschließend hatte der Ministerpräsident in einer Interview-Situation mit dem Hauptmoderator Gelegenheit, Eindrücke zu schildern und erste Überlegungen zum Umgang mit den eingehenden Hinweisen darzulegen.

Während der regionalen Dialogveranstaltungen lagen außerdem vordruckte Antwortkarten aus. Die Teilnehmer konnten diese Karten nutzen, um zusätzliche Hinweise oder vertiefende Gedanken schriftlich zu hinterlassen. Zudem sollte über diesen Weg die Möglichkeit geschaffen werden, über die vorgegebenen Themen hinaus darzustellen, was aus Sicht der Teilnehmer noch auf die politische Agenda gehört. Trotz vielfacher Nutzung der Karten wurde das thematische Spektrum dadurch jedoch kaum erweitert.

Schon während der Dialogveranstaltungen bestand das Angebot für Bürger, die nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnten, eigene Anregungen und Hinweise über das Dialogportal des Freistaates einfließen zu lassen. Nach Abschluss der regionalen Dialogveranstaltungen wurde jeweils ein kurzer zusammenfassender Bericht verfasst. In Kenntnis dessen bot sich allen Nutzern des Dialogportals noch einmal für sieben Tage die Gelegenheit, Kommentare abzugeben und eigene Handlungsansätze und Projekte zu empfehlen.

Die Ergebnisse der dreistufigen Bürgerbeteiligung werden im Folgenden quantitativ ausgewertet und qualitativ eingeordnet.

2.1. Regionen und Teilnehmer

Das Dialogprojekt „Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft“ steuerte bewusst die Landkreise des Freistaates an. So sollte gezielt den in ländlicheren Räumen lebenden Menschen die Möglichkeit geboten werden, ihre Ideen für die Zukunft des Freistaates vorzutragen. Die Veranstaltungen fanden an folgenden Orten statt:

Region	Landkreise	Vorbereitungsgruppe	Regionaler Bürgerdialog
1	Vogtlandkreis, Zwickau	01.04. Plauen	24.04. Plauen
2	Bautzen, Görlitz	08.04. Bautzen	02.05. Bischofswerda
3	Mittelsachsen	08.04. Freiberg	05.05. Döbeln
4	Nordsachsen, Leipzig	13.05. Brandis	09.08. Wurzen
5	Erzgebirgskreis	10.06. Annaberg-Buchholz	14.08. Annaberg-Buchholz
6	Meißen, Sächsische Schweiz/Osterzgebirge	17.06. Radebeul	21.08. Großenhain

Die Vorbereitungsgruppen setzten sich wie geplant im Durchschnitt aus 20 Teilnehmern zusammen. Zu den regionalen Dialogveranstaltungen kamen zwischen 100 und 135 Teilnehmer. Bei der Online-Beteiligung gingen über 60 Vorschläge und Kommentare ein. In Summe zählten alle Veranstaltungen und Beteiligungsangebote mehr als 850 Teilnehmer. Diese verteilten sich



wie folgt auf die Regionen:

Region	Vorbereitungsgruppe	Regionaler Bürgerdialog	Online-Dialog	gesamt
1	20	125	13	158
2	16	110	6	132
3	17	100	4	121
4	16	120	23	159
5	26	125	9	160
6	23	135	8	166
Summe	118	715	63	896

Die zufallsgestützte Auswahl der Teilnehmer erwies sich als sinnvoll. In jeder Region kam eine alltagsübliche Mischung an Menschen zusammen. Sie stammten aus unterschiedlichen Orten der Region, waren unterschiedlichen Alters und Geschlechts und repräsentierten verschiedene gesellschaftliche Gruppen, wie Akademiker und Facharbeiter, Selbständige und Arbeitslose sowie Rentner und junge Erwachsene. Entsprechend vielfältig fielen die Themenvorschläge und Diskussionsbeiträge aus.

Einzig junge Menschen anzusprechen und für das Dialog-Projekt zu gewinnen, hat sich als besondere Herausforderung dargestellt. Trotz großer Bemühungen der Staatskanzlei in der Bewerbung der Veranstaltungen blieben sie deutlich unterrepräsentiert. Vereinzelt wurde „das Fehlen der Jugend“ gerade für eine Zukunftsdiskussion explizit als Mangel benannt. Angesichts der größeren Affinität zu Online-Medien hätte es nicht verwundert, wenn jüngere Menschen verstärkt auf die Möglichkeit der Online-Beteiligung ausgewichen wären. Das aber war nicht der Fall.

2.2. Auswahl der Themen

Damit tatsächlich die Bürger die Inhalte des Projektes festlegen konnten, gab es in den Vorbereitungsgruppen keinerlei thematische Vorgaben. Die Themen wurden in einem strukturiert moderierten Ablauf erarbeitet. Dabei wurden die Teilnehmer auf ihrer persönlichen Ebene („Was beschäftigt Sie besonders?“) abgeholt. Über die Gemeinwohl-Ebene („Was beschäftigt die Menschen in Ihrer Region besonders?“) wurde schließlich ein landespolitisches Spielfeld („Was kann die Staatsregierung beeinflussen?“) mit relevanten Themen aufgezeichnet. Welche der Themen den Teilnehmern der Vorbereitungsgruppe besonders wichtig sind, wurde schließlich per Punktevergabe ermittelt und in die entsprechende Reihenfolge gebracht.

Dabei ergaben sich folgende Prioritäten (das Thema 1 ist jeweils das bestplatzierte, Thema 2 erhielt die zweitgrößte Punktzahl usw.):



Region	Thema 1	Thema 2	Thema 3	Thema 4	Thema 5*
1	Bildung – Schule/Kita	Umwelt- und Klimaschutz	Wirtschaftsförderung	Pflege/ Altersarmut	
2	Bildung	Gesundheit	Infrastruktur – Verkehr/digital	Integration	Innere Sicherheit
3	Bildung/ Ausbildung	Sicherheit	Medizinische Versorgung	Wirtschaft, Mittelstand	
4	Bildung – Schule/Kita	ÖPNV, Verkehr/Radwege	Finanzausstattung Kommunen	Entwicklung ländlicher Raum	
5	Bildung – Schule/Kita	Ehrenamt, Engagement	Pflege/Alter	Familienpolitik, -förderung	
6	Bildung – Schule/Kita	Zuwanderung, Flüchtlinge, Integration	Forschungsförderung	Sozialer Zusammenhalt, Miteinander	

* Aufgrund von Punktgleichheit der viertplatzierten Themen gab es in Bischofswerda ein fünftes Thema.

Ein Ergebnis zeigt sich auf den ersten Blick: Das Thema von größtem allgemeinen Interesse ist die Bildung – und zwar in all seinen Facetten. Junge Menschen sind mit den Fragen des Bildungswesens von der Kita über die Schule bis zum Studium oder zur Berufsausbildung unmittelbar konfrontiert. Eltern und Großeltern denken dabei an die Kinder beziehungsweise Enkel. Alle Generationen haben den großen Wunsch, dass jungen Menschen über ein qualitativ hochwertiges Bildungswesen der Weg zu einem erfolgreichen und glücklichen Leben geebnet wird.

Bildungschancen sind in der Wahrnehmung der Teilnehmer essentiell. In den Diskussionen wurde auch deutlich, dass teils ein widersprüchliches und unvollständiges Bild über Chancen und Strukturen des sächsischen Bildungssystems vorherrscht. Unklarheiten über Zuständigkeiten und das Zusammenspiel der Akteure in politischen Entscheidungsprozessen zeigten sich gleichermaßen auch bei anderen Themen.

In jeder Vorbereitungsgruppe spielten ebenfalls folgende Themen eine Rolle: die Situation der Älteren und hier speziell die Pflege im Alter, Fragen der Gesundheit und der medizinischen Versorgung, die Wirtschaftsförderung und der Infrastrukturausbau sowie die Sicherheit und das Miteinander in der Gesellschaft. Gleichwohl haben es diese Themen nach Abstimmung durch die gesamte Gruppe nicht in allen regionalen Dialogveranstaltungen unter die vier wichtigsten Themen geschafft.

Alter, Gesundheit und medizinische Versorgung wurden als Thema in vier Vorbereitungsgruppen für die nachfolgende Dialogveranstaltung gesetzt. Jeweils zweimal ging es um die Themen Wirtschaftsförderung, verkehrliche und digitale Infrastruktur, innere Sicherheit sowie Zuwanderung und Integration. Jeweils einmal platzierten die Vorbereitungsgruppen die Forschungsförderung, den Umwelt- und Klimaschutz, die finanzielle Ausstattung von Kommunen, die Entwicklung des ländlichen Raums, die Familienförderung, das Ehrenamt und bürgerschaftliche Engagement sowie den sozialen Zusammenhalt und das Miteinander unter die vier bedeutendsten Themen aus Teilnehmersicht für die Region.



Nach der Verständigung auf die wichtigsten Themen in der Vorbereitungsgruppe begann so gleich deren inhaltliche Bearbeitung mit ersten Überlegungen. In den regionalen Dialogveranstaltungen wurden diese Anregungen aufgegriffen und die inhaltliche Arbeit fortgesetzt.

Während die Teilnehmer der Vorbereitungsgruppen nicht wissen konnten, was auf sie zukam, brachten sich die Teilnehmer der regionalen Dialogveranstaltungen zu einem vorab benannten Thema ein. Dabei oblag es ihrer eigenen Entscheidung, an welchem der vier bzw. fünf gesetzten Themen sie mitarbeiten wollten. Da diese Wahl bewusst getroffen wurde, war eine Großzahl der Teilnehmer inhaltlich auf die Diskussionen eingestimmt. Vereinzelt hatten sie sich sogar im Vorfeld mit Bekannten, Freunden oder Kollegen beraten.

Das Anmeldeverhalten unterstreicht die herausragende Bedeutung des Themenbereichs Bildung. Bei jeder der sechs regionalen Dialogveranstaltungen, einerlei in welcher Region sie stattfand, meldeten sich am meisten Menschen für dieses Thema an. An jedem dieser sechs Abende wurden daher zum Thema Bildung zwei Gruppen parallel angeboten, um sicherzustellen, dass sich jeder Teilnehmer bestmöglich in die Diskussion einbringen konnte. Bei einer durchschnittlichen Gruppengröße von 20 Personen diskutierten insgesamt rund 240 Teilnehmer – und damit ungefähr jeder Dritte – zur Bildung.

2.3. Stimmungen, atmosphärische Eindrücke und Kernwerte

Diskussionen, die auf die Erarbeitung von konkreten Projektideen oder Handlungsempfehlungen abzielen, unterstellen Verbesserungspotenzial. Damit liegt es nahe, dass zumindest am Anfang der Gruppenarbeit Probleme, Hindernisse und Herausforderungen beschrieben werden. Um ein Stimmungsbild unter den Teilnehmern der Vorbereitungsgruppen einzufangen, wurden sie vor der inhaltlichen Diskussion gefragt, wie es ihnen persönlich geht. Einordnen sollten sie sich auf einer Skala von 1 = „sehr schlecht“ bis 10 = „sehr gut“. Vereinzelt wurden Werte von 3 oder 4 genannt, öfter die 9 oder 10. Die in der folgenden Tabelle erfassten Durchschnittswerte zeigen deutlich, dass es den Teilnehmern mit einem Gesamtmittelwert von 7,25 nach ihrer eigenen Einschätzung recht gut geht. Wenngleich dieses Stimmungsbild nicht repräsentativ ist, vermittelt es doch einen interessanten Eindruck.

VG 1	VG 2	VG 3	VG 4	VG 5	VG 6	gesamt
6,3	7,0	7,5	6,8	7,6	8,3	7,25

Neben diesem Grundeindruck einer gewissen Zufriedenheit wurde im Verlauf der Vorbereitungsgruppen wie auch der regionalen Dialogveranstaltungen deutlich, dass die Menschen ein großes Interesse an einem funktionierenden sozialen Gefüge haben. Viele Diskussionen hatten in diesem Sinne unabhängig vom Thema und jenseits der fachlichen Auseinandersetzung eine Meta-Ebene. Auf dieser Meta-Ebene wurden immer wieder Werte bemüht, die dem intakten Miteinander zugrunde liegen müssen. Respekt wurde eingefordert – und gleichermaßen erwiesen.

Besondere Betonung fand dabei die Vorstellung, füreinander da zu sein. Einer funktionierenden Gemeinschaft liege zugrunde, dass die Menschen einander helfen und aufeinander Rücksicht nehmen. Die Bedeutung solcher Kernwerte sei heutzutage immer seltener zu erfahren. Natur-



lich sollten auch Politiker diese Grundhaltung fördern. Gleichwohl gehe es hier auch darum, dass sich die Menschen selbst wieder stärker auf dieses Zusammenhalten besinnen.

Deutlich zeigte sich die Bereitschaft vieler, sich an gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen, sofern sie Ihnen selbst oder der Allgemeinheit einen erkennbaren Nutzen bringen. Die Möglichkeit des „Einbringens in die Gesellschaft“ und die „Wertschätzung von Leistungen“ scheinen Kernelemente zu sein, mit denen die Menschen ihre Zugehörigkeit zu Sachsen verbinden.

Entsprechend betonten viele Teilnehmer, dass sie mehr Teilhabemöglichkeiten sehr gut fänden und bereit wären, Verantwortung zu übernehmen. Dass das Projekt „Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft“ einen Ansatz dafür liefert, wurde entsprechend begrüßt. Mehrere Gäste fühlten sich regelrecht „geehrt“, dabei sein zu dürfen.

Bemerkenswert war auch die hohe Disziplin und Ernsthaftigkeit der Teilnehmer. Trotz bisweilen schwieriger akustischer Bedingungen kam fast immer eine überaus konzentrierte Diskussion zustande. Auch das im Einzelfall störende Auftreten von Medienvertretern (insbesondere bei der Auftaktveranstaltung) wurde geduldig hingenommen.

3. Inhaltliche Anregungen, Handlungsempfehlungen und Projektideen

3.1. Ergebnisse der regionalen Dialogveranstaltungen

Die offenen regionalen Dialogveranstaltungen bildeten das Zentrum für die persönliche Begegnung zwischen den Bürgern und mit dem Ministerpräsidenten im Projekt. Das Ziel bestand darin, die inhaltliche Debatte voranzutreiben, die Themen der Vorbereitungsgruppe aufzugreifen und Handlungsansätze zu diskutieren. Die zahlreichen Anregungen, Empfehlungen und Ideen spiegeln die Vielfalt der Meinungen. Sie sind getragen von dem Engagement der Teilnehmer nach Antworten zu suchen, wie das Miteinander in Sachsen gestärkt und die Zukunft des Freistaates in zentralen Themenbereichen erfolgreich gestaltet werden kann.

Im Folgenden werden sowohl mehrfach genannte und in den einzelnen Dialogveranstaltungen wiederkehrende Aspekte dargestellt als auch Teilaspekte, die nur von wenigen oder gar nur von einzelnen Teilnehmern genannt wurden. Durch die Moderation wurde durch Rückfrage in die gesamte Diskussionsrunde versucht, ein gewisses Einverständnis unter den Teilnehmern für die Relevanz eines Beitrages herzustellen. Gleichwohl ist im Folgenden nicht exakt abzugrenzen, welche Vorschläge von vielen unterstützt und welche nur von wenigen mitgetragen werden.

Bildung

Trotz des überaus breiten Themenspektrums im Bereich Bildung lässt sich das Grundansinnen all derer, die sich bei diesem Thema eingebracht haben, auf einen Nenner bringen: Von der Kita über die Schule bis zur beruflichen Bildung wünschen sich die Teilnehmer eine erfolgreiche Vermittlung von Wissen und Werten. Das soll die junge Generation befähigen, ihren eigenen Weg zu gehen, und zugleich an der Zukunft des Landes mitzuarbeiten. In diesem Sinne wünschen sich viele, dass die Bildung in der sächsischen Politik einen Schwerpunkt bildet.



Im Folgenden werden Empfehlungen und Ideen aus dem Teilnehmerkreis aufgelistet. Zur besseren Übersicht sind diese nach Bildungsbereich beziehungsweise inhaltlichen Aspekten geordnet.

Vorrang für Bildung

- Sachsen sollte eine **Bildungsoffensive** starten, die die Bedeutung des Themas unterstreicht.
- Bildung sollte einen **Schwerpunkt im sächsischen Haushalt** ausmachen, Haushaltsmittel sollten zugunsten von Kitas und Schule umgeschichtet werden.
- Mit einer stärkeren **Förderung der frühkindlichen und schulischen Bildung** sollte die Förderintensität im Bildungssystem „vom Kopf auf die Füße“ gestellt werden.
- Die **Serviceorientierung der Bildungsagentur** sollte verbessert werden.
- Zur Erschließung neuer Finanzquellen sollte eine **Bildungsabgabe** eingeführt werden, wenn der Solidaritätsbeitrag abgeschafft wird.
- Alle bildungsrelevanten Themen sollten in einem **Ministerium** zusammengefasst werden.

Frühkindliche Bildung/Kitas

- Die **Attraktivität des Erzieherberufs** sollte erhöht werden. Dazu könnte die Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen, insbesondere durch:
 - o Senkung der Betreuungsschlüssel in der Kinderbetreuung oder zumindest deren Einhaltung durch Berücksichtigung von Krankheit, Urlaub, Schulungen etc.
 - o Erzieher von „Nebenaufgaben“ entlasten durch Einsatz von Hilfskräften mit klarer Aufgabenabgrenzung
 - o Unterstützung durch freiwillige Helfer organisieren (z.B. Bundesfreiwilligendienst)
 - o Einsatz von älteren, nicht mehr berufstätigen Ehrenamtlern in der Hortbetreuung
 - o Schaffung eines sachsenweiten Pools aus ehemaligen Erziehern, die bei Bedarf Ausfallzeiten kompensieren
- Für den Beruf der Erzieherin/des Erziehers sollte geworben werden, **Anreize für die Gewinnung von Personal** sollten geschaffen werden, bspw. durch:
 - o das Weiterverfolgen der dreijährigen Berufsausbildung für Erzieher, die auch dual erfolgen kann
 - o die Zentralisierung der Erzieherausbildung als Fachschulausbildung
 - o die Beendigung der bisherigen Eigenfinanzierung der Ausbildung zum Erzieher
 - o die Verkürzung der Erzieherausbildung für eine gewisse Zeit zur Deckung des akuten Bedarfs
- Zugleich sollte die **Qualität der Ausbildung** gesichert/verbessert werden, bspw. durch:
 - o die Einführung von Qualitätskriterien
 - o die Abschaffung des „offenen Systems“, das nur mit offenen Gruppen arbeitet und die individuelle Förderung dadurch erschwert
 - o eine verbesserte Bedarfsplanung, so dass der Rechtsanspruch konkret und zeitnah gewährleistet werden kann
- Der **Übergang von der Kita zur Schule** sollte effektiver gestaltet werden.



- Kinder sollten zum „**Demokratie-Lernen**“ schon im Kindergarten angemessen beteiligt werden.
- Die **Feinmotorik** der Kinder bedarf einer intensiveren Förderung.
- Kitas sollten auch **an kleineren Orten** erhalten werden, damit der ländliche Raum für junge Familien attraktiv bleibt. In diesem Sinne sollten
 - o sich das Land stärker an der Finanzierung von Kita-Plätzen beteiligen, um den Zuschuss der Kommunen verringern zu können
 - o Angebote für flexible Kinderbetreuung ausgebaut werden
 - o Tagesmütter finanziell besser abgesichert, ggf. bei Kommunen angestellt werden
- **Kita-Gebühren** sollten nach dem Einkommen der Eltern gestaffelt werden.
- Die **Betreuung** und das **Essen** in Kitas sollten kostenfrei sein.

Schule

- Die **Attraktivität des Lehrerberufs** sollte durch folgende Maßnahmen erhöht werden:
 - o eine Imagekampagne für den Lehrerberuf („Lehrern den Rücken stärken!“)
 - o in der gesellschaftlichen Debatte die Bedeutung des Lehrerberufs – gleichwertig in allen Schularten – wieder stärker verankern
 - o die Stellung des Lehrers auch im Verhältnis zu den Eltern stärken, bspw. durch Änderung des Schulgesetzes
 - o bessere Arbeitsbedingungen für Lehrer durch:
 - mehr Personal in allen Schularten für ein günstigeres Betreuungsverhältnis, insbesondere den Klassenteiler in der Grundschule senken (maximal 25 Schüler pro Klasse als Pflicht- statt nur als Sollbestimmung)
 - geringere Klassengrößen, um den Anforderungen an Integration und Inklusion gerecht zu werden
 - zusätzliche Verwaltungskräfte, um Lehrer von Bürokratie zu entlasten
 - Geschäftsführer an Schulen für Verwaltungsangelegenheiten
 - o Anreize für Lehrerinnen und Lehrer verbessern, bspw. durch:
 - bessere Bezahlung
 - Einführung eines eigenen Landestarifvertrages für Pädagogen
 - Verbeamtung
 - o Lehrerinnen und Lehrer sollten gezielt für den ländlichen Raum begeistert werden, bspw. durch:
 - Prämien für berufliche Tätigkeit im ländlichen Raum
 - Einführung eines Sachsenstipendiums bei vertraglich gesicherter Übernahme einer Stelle im ländlichen Raum für mindestens 5 Jahre
 - Verbesserung der weichen Standortfaktoren (z.B. mehr kulturelle Veranstaltungen)
 - Vorhalten von freiem, vergünstigtem Wohnraum für neue Lehrer
 - verstärkten Einsatz von Referendaren im ländlichen Raum, um angehende Lehrer für den Lehrerberuf in kleineren Gemeinden zu interessieren
- Der **Bedarf an Lehrern** sollte zuverlässig gedeckt werden, ohne die Anforderungen an deren Qualifikation zu verringern. Dazu sollten
 - o mehr Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden
 - o durch eine Ausbildung „über Bedarf“ eine Einstellungsreserve geschaffen bzw. ein



- „Frühwarnsystem“ eingerichtet werden, um flexibler auf aktuelle Entwicklungen und Schülerzahlschwankungen reagieren zu können
- für Interessenten am Lehrerberuf ein freiwilliges pädagogisches Jahr eingeführt werden, das bei der Zulassung zum Lehramtsstudium angerechnet wird
- mittels dualer Lehramtsausbildung (Universität und Schule) ein besserer Praxisbezug hergestellt und Lehramtsanwärter früher im Unterricht eingesetzt werden
- Referendare früher in den Schulbetrieb eingebunden werden
- positive Bescheide an Lehreranwärter in Sachsen aufgrund des Wettbewerbs mit anderen Bundesländern frühzeitig versendet werden
- Bedingungen für **Quereinsteiger** verbessert und zugleich eine intensive Unterstützung gewährleistet werden, bspw. durch:
 - eine pädagogische Fortbildung vor Beginn des Schuljahres und ggf. deren Fortsetzung begleitend zur Lehrtätigkeit
 - das Angebot eines berufsbegleitenden Aufbaustudiums
 - ein Mentorensystem unter Einbindung erfahrener, ggf. pensionierter Lehrer
- Lehrer sollten **bundesweit einheitlich** bezahlt werden. Der Arbeitsaufwand sollte bei der Bezahlung berücksichtigt werden.
- Die **Lehrerausbildung** an sächsischen Universitäten sollte bedarfs- und praxisorientierter ausgerichtet, dennoch nicht zu spezialisiert gestaltet werden. So sollten
 - Lehramtsstudenten einen Eingangstest durchlaufen, um frühzeitig die Fächerneigung und -eignung zu ermitteln
 - der Numerus Clausus für Grundschullehrer abgeschafft werden
 - an der TU Chemnitz das Lehramtsstudium für alle Schularten ermöglicht werden mit dem Ziel, die Absolventen stärker an die Region Südwestsachsen zu binden
- Die **Qualität des Unterrichts** sollte auf hohem Niveau gesichert und die Berücksichtigung neuer Anforderungen ermöglicht werden. In diesem Sinne sollten
 - Methoden des Lernens stärker vermittelt werden („das Lernen lernen“)
 - neue Formate der pädagogischen Vermittlung einbezogen werden, um Kinder zu begeistern
 - Werte und Sozialkompetenz – also Herz und Charakter – vermittelt werden, nicht nur Wissen
 - die politische Bildung gestärkt werden, damit die demokratischen Grundlagen besser verstanden werden
 - Lehrpläne bereits ab der Grundschule verstärkt auf soziale und demokratische Kompetenzen ausgerichtet werden
 - Planspiele und Dialogveranstaltungen wie das Projekt „Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft“ explizit in den 11. und 12. Klassen durchgeführt werden
 - eine Klassenleiterstunde für soziales Lernen eingerichtet werden
 - zugunsten der Fächer Politik und Geschichte der Unterricht in Ethik und ggf. in Religion reduziert werden
 - die Themen Kommunikation und Konfliktmanagement verbindlich im Unterricht behandelt und Schülerinnen und Schüler zu Konfliktlotsen ausgebildet werden
 - eine „Offensive digitale Bildung“ zur Stärkung der Medienkompetenz gestartet werden
 - die Berufsorientierung (Vorstellung von Ausbildungsberufen) im Lehrplan fest verankert werden



- durch Einbeziehung von Praktikern in den Unterricht und größere Praktikumsphasen in Betrieben eine stärkere Praxisorientierung gewährleistet werden
- obligatorisch das Fach „Wirtschaft“ eingeführt werden
- an allen Gymnasien auch Leistungskurse in Gemeinschaftskunde, Kunst oder Musik angeboten werden
- die Schulbücher in allen Schulen vereinheitlicht werden
- Um schwierige Kinder sollte sich intensiv gekümmert und die **Schulabbrecherquote** gesenkt werden, ohne die Bildungsqualität zu gefährden. Dazu sollten
 - mehr individuelle Förderung ermöglicht werden
 - Sozialarbeiter künftig auch in Grundschulen im Unterricht eingesetzt werden, die einzelne Kinder unterstützen während sich die Lehrkraft auf den Unterricht der gesamten Klasse konzentriert
- Sowohl zur Förderung einzelner Schüler als auch zur Stärkung des Miteinanders sollten **Lernpatenschaften** eingeführt werden.
- Der **Ausfall von Unterrichtsstunden** sollte deutlich gesenkt werden. Vorgeschlagen wird
 - das Einrichten eines Pools aus verfügbaren und pensionierten Lehrern unter Einbeziehung Ihrer Qualifikationen und freien Kapazitäten zur schnellen Kompensation des Stundenausfalls
- Die **Ausstattung der Schulen** mit Lern- und Unterrichtsmitteln sollte verbessert werden. So sollten
 - alle Schulen über ein schnelles Internet verfügen und Tablets eingeführt werden
 - Kopierblätter oder Mittel für Fahrtkosten zu außerschulischen Berufsorientierungsangeboten von der Schule getragen werden
 - die Schulgebäude bspw. durch Gestaltung von Aula, Bibliothek und Rückzugsmöglichkeiten für Freistunden mehr zum Lebensraum gemacht werden
 - Mittagessen kostenlos angeboten werden
- **Mehr Eigenverantwortung** sollte den Schulen in bestimmten Grenzen übertragen werden. Angeregt werden
 - den Schulen über die Budgetierung eigene Freiräume zu übertragen
 - die Schulen an der Auswahl einzustellender Lehrer zu beteiligen
- Einrichtungen in **freier Trägerschaft** sollten mit staatlichen finanziell gleichgestellt werden.
- Die **Schülerbeförderung** sollte so organisiert sein, dass sie Belastungen bestmöglich verringert. In diesem Sinne sollten
 - ein kostengünstiges bis kostenloses Schülerticket eingeführt werden, auch für Berufsschüler (Bildungsticket)
 - zur Verkürzung der Fahrtzeiten im ländlichen Raum kleinere Busse mit weniger Haltestellen eingesetzt werden, die wenige zentrale Buslinien mit vielen Haltestellen ersetzen
- Speziell für die **Herausforderung der Inklusion** sollte Verständnis geschaffen und für eine bedarfsgerechte Ausstattung gesorgt werden. Es handele sich um eine gesellschaftliche Aufgabe, mit der die einzelnen Schulen nicht allein gelassen werden dürfen. Im Einzelnen werden vorgeschlagen:
 - auf der Grundlage eines klaren Inklusionskonzeptes handeln



- für Klassen mit Inklusionsschüler den Klassenteiler bei 26 verbindlich festlegen
 - einen „Runden Tisch Inklusion“ mit allen Beteiligten auf Ebene der Gemeinde einrichten (Vorbild: Herrnhut)
 - mit ausgebildeten Sonderpädagogen zusätzliches Betreuungspersonal zur Verfügung stellen
 - Mitwirkung ehrenamtlicher Personen ausprobieren und entsprechende „Ehrenamt-Modelle“ fördern
 - den Dokumentationsaufwand für Lehrer mit Inklusionsschülern verringern
- Das **Schulsystem** an sich sollte den Schülerinnen und Schülern die optimale Nutzung ihrer Chancen ermöglichen. Als Maßnahmen werden empfohlen:
- das Schulsystem in den Bundesländern vereinheitlichen
 - mit einem bundesweiten Zentralabitur die Transparenz und Vergleichbarkeit verbessern
 - die Schulpflicht in Bildungspflicht umwandeln: „Homeschooling“ zulassen unter der Bedingung einer Prüfung am Ende des Schuljahres, bei Nichtbestehen staatliche oder private Schule als Pflicht
 - die Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen lassen
 - auf dem Land klassen- bzw. altersübergreifenden Unterricht ermöglichen
 - Gemeinschaftsschulen nach Beispiel „Chemnitzer Modell“ prüfen
 - das Image der Förderschulen durch eine schlichte, positive Namensänderung verbessern
 - private und staatliche Förderschulen hinsichtlich der Eingangsdiagnostik gleichstellen, auch private Förderschulen bspw. in Trägerschaft der Diakonie sollten Eingangsdiagnostik für Schüler mit Förderbedarf übernehmen dürfen
 - die Attraktivität und Qualität der Oberschulen erhöhen
 - das Bildungssystem durchlässiger machen und die Übergänge zwischen Oberschule und Gymnasium vereinfachen
 - eine Antidiskriminierungsstelle für Schüler einrichten
 - Eltern bspw. durch feste Kooperationen mit Lehrern stärker einbeziehen

Berufliche Bildung

- Die Bedeutung der **Berufsbildenden Schulen** für das Handwerk und für Fachkräfte sollte stärker kommuniziert werden.
- Die **Oberschule** sollte als Grundlage für die berufliche Bildung mehr Anerkennung erfahren, die Fixierung auf das Abitur ist zu überdenken.
- In Gymnasien sollte die **Berufsorientierung** intensiviert und gezielt auch über handwerkliche Berufe informiert werden.
- Das Angebot einer **Berufsausbildung mit Abitur** sollte ausgebaut werden, ebenso die Kombination aus Handwerker Ausbildung und Studium.
- Berufsschulen sollten auch bei sinkenden Schülerzahlen bewusst im ländlichen Raum erhalten und nicht nur auf wenige zentrale Ausbildungsstätten konzentriert werden. Vielmehr sollte zwischen städtischen Standorten mit steigenden Schülerzahlen und regionalen Standorten mit sinkenden Schülerzahlen ein **Ausgleich zugunsten des ländlichen Raums** geschaffen werden.
- Ebenso sollten mehr **Fachhochschulen im ländlichen Raum** angesiedelt werden.



- Durch Intensivierung des **Verbundmodells von Ausbildung und Hochschulstudium** sollte die Attraktivität einer Berufsausbildung ohne zusätzlichen Zeitverlust erhöht werden.
- Die **Meisterausbildung** sollte stärker finanziell unterstützt werden, um den anschließenden Weg zu einer Existenzgründung zu erleichtern.
- Die **Berufsakademie** sollte zu einer dualen Hochschule aufgewertet werden.

Gesundheit, Alter, Pflege

Im Kern ging es um Fragen der Gesundheitspolitik, eine flächendeckende wohnortnahe medizinische Versorgung und das Leben im Alter bis hin zur Pflege. Alle Diskussionsrunden einte die Sorge um Fachpersonal verbunden mit dem Anliegen einer erhöhten Attraktivität der Berufe im Gesundheits- und Pflegebereich. Wenngleich betont wurde, dass der Versorgungsstandard im Vergleich zu anderen Ländern noch beispielgebend sei, müsse doch gehandelt werden, um das Niveau zu halten. Diskutiert wurden auch die Alterssicherung und die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit. Zu den Empfehlungen für eine Stärkung ehrenamtlicher Arbeit sei hier allerdings auf das Kapitel Sozialer Zusammenhalt, Engagement, Ehrenamt verwiesen.

Im Folgenden werden Empfehlungen und Ideen aus dem Teilnehmerkreis aufgelistet. Zur besseren Übersicht sind diese nach Themenbereichen geordnet.

Gesundheit

- Zur **Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum** sei ein breites Maßnahmenbündel erforderlich. Vorgeschlagen werden:
 - o die Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren fördern
 - o eine spezifische regionale Anpassung der Punkte für die „Budgetierung“ der Landärzte angesichts höheren Aufwandes und weniger Privatpatienten im ländlichen Raum
 - o ein kombiniertes Verteilungs- und Anreizsystem für die Gewinnung insbesondere junger Fachärzte entwickeln
 - o zusätzliche mobile Angebote schaffen („mobile Hausärzte“), da Bedarf an ärztlichen Hausbesuchen demografiebedingt steigt
 - o die Funktion der Gemeindegewerkschaft stärken und sie in sinnvolle Träger- und Finanzierungsstrukturen überführen
 - o Ärzten im Ruhestand durch Klärung offener Versicherungsfragen die Mit- bzw. Aushilfe ermöglichen
 - o verstärkte Bemühungen um männliche Medizin- und Zahnmedizinstudenten, da diese gegenüber weiblichen Studenten unterrepräsentiert seien und ihre Bereitschaft zur Niederlassung im ländlichen Raum höher sein soll
- Die **Prävention** sollte viel stärker ins Bewusstsein gerückt und entsprechende Aktivitäten schon früh eingeführt werden. So sollten
 - o der Anteil an Bewegung von Kindern und Jugendlichen an Schulen zur gesundheitlichen Vorbeugung und als Freizeitanzug erhöht werden
 - o mit bezuschusstem gesunden Essen der Wert von qualitativ hochwertiger Ernährung deutlich gemacht werden
 - o der Übergewichtigkeit bei Jugendlichen durch staatliche Beratungsangebote und



- o bessere Deklaration von Lebensmitteln entgegengewirkt werden
 - o die Impfpflicht insbesondere für Kinder wieder eingeführt werden
- Grundsätzlich sollte die Zahl der **Krankenkassen** verringert werden.
- Anstelle der aufwändigen **Bereitschaftsdienste** am Wochenende sollten in Krankenhäusern Notfallzentren eingerichtet werden.
- Das „**Bündnis Gesundheit Sachsen**“ sollte unter Einbeziehung der Staatsregierung und des Sächsischen Städte- und Gemeindetages wiederbelebt werden.

Alter

- Für den **Lebensabend** sollten **angemessene Bedingungen** geschaffen werden. Gefordert werden:
 - o eine Grundrente für alle, die über dem Sozialhilfeniveau liegt
 - o die generelle Anhebung des Gehaltsniveaus zur Vermeidung von Altersarmut
 - o ein differenziertes Renteneintrittsalter entsprechend der Belastungen durch die jeweilige Beschäftigung
 - o eine Verbesserung der Konditionen für die private Altersvorsorge (z.B. Anrechnung gegenüber Sozialleistungen beschränken, Besteuerung verringern, verlässliche Regelungen statt dauerhafter Neuregelung)
 - o das Überdenken von Begriffen wie „Versorgungsempfänger“ im Sinne einer Wertschätzung der Menschen
- Zur **Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Bindungen** sollten ältere Menschen gezielt Unterstützung erfahren. So sollten
 - o alternative Wohnformen angeboten und bspw. Mehrgenerationenhäuser weiter gefördert werden
 - o die Barrierefreiheit in der Mobilität, z.B. beim Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, aber auch beim Wohnen sichergestellt werden

Pflege

- Grundsätzlich sollten die **Arbeitsbedingungen für Pflegepersonal** verbessert werden. In diesem Sinne sollten
 - o Pflegeberufe aufgewertet und Qualitätsstandards sichergestellt werden
 - o der Personalschlüssel verbessert werden
 - o Gehälter angehoben und bundesweit vereinheitlicht werden
 - o die Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden gesenkt und damit auf das westdeutsche Niveau angeglichen werden
 - o älteren Pflegekräften neue Arbeitsmodelle angeboten werden, die der Vollzeitbeschäftigung nicht zuwiderlaufen
 - o Beschäftigten in der Pflege ein früherer Renteneintritt ermöglicht werden
 - o der bürokratische Aufwand für Dokumentationen reduziert werden
 - o zur Unterstützung gezielt Flüchtlinge mit entsprechendem Status und Deutschkenntnissen für Pflegeberufe begeistert werden
- Bei der **mobilen Altenpflege** sollten auch in Sachsen (wie in anderen Bundesländern offenbar üblich) Fahrtkosten erstattet sowie alle erbrachten Leistungen honoriert werden.
- Das Bundespflegegesetz sollte zugunsten der **Stärkung der häuslichen Pflege** novelliert



werden (ggf. über Bundesratsinitiative).

- Bei der **stationären Pflege** sollten Neu- oder Ersatzinvestitionen über vereinfachte Richtlinien gefördert werden. Bestehende Standards sind (beispielsweise beim Thema Brandschutz) auf Angemessenheit bzw. Notwendigkeit zu prüfen.
- Der Bau bzw. die Einrichtung von Pflegeheimen sollte **bedarfsorientiert** geplant werden.
- Bei **Wachkoma-Patienten** sollten die Kosten künftig mitversichert sein.
- Das **Thema Hospiz** sollte mehr Beachtung finden:
 - o Die häufig ehrenamtliche Arbeit im Hospizwesen sollte mehr gewürdigt werden.
 - o Grundsätzlich sollte das Thema „Trauer/Hospiz“ im Lehrplan der Schulen verankert sein. Konkret wird vorgeschlagen, dass „Hospiz macht Schule“, ein Programm der Bundeshospizakademie, modifiziert im Lehrplan der Schulen als Unterrichtseinheit oder als Projekttag verankert werden – als lebensnahes Unterrichtsfach, das Empathie und gesellschaftlichen Zusammenhalt vermittelt und auch Verständnis für das Pflegesystem fördert.
 - o Die Standardisierung der Trauerbegleitung durch die Krankenkassen sollte überarbeitet werden, da Trauer ein je nach Person unterschiedlicher Prozess sei und unterschiedlich lange dauere.
- Nachdem der Wegfall des Zivildienstes eine Lücke hinterlassen hat, sollten zur **Sicherstellung der Betreuung** oder auch zur **sinnvollen Beschäftigung** noch rüstiger älterer Menschen neue Wege gegangen werden. Beispielsweise könnten
 - o ein Soziales (Viertel- oder Halb-) Pflichtjahr für junge Erwachsene eingeführt werden, was zugleich das Kennenlernen und Respektieren verschiedener Generationen fördere
 - o Studenten vergünstigt oder gar kostenlos in Altenheimen wohnen, wenn sie sich verpflichten, Betreuungsleistungen zu übernehmen
 - o Senioren (Großeltern) in Kindergärten kleine Aufgaben bekommen und dadurch das Kita-Personal entlasten

Sozialer Zusammenhalt, Engagement, Ehrenamt

Aspekte des sozialen Zusammenhaltes und Fragen des ehrenamtlichen Engagements schweben zwischen den Zeilen nahezu in allen Diskussionsgruppen mit. Dort, wo sie explizit diskutiert wurden, gab es Konsens darüber, dass Ehrenamt und gesellschaftliches Miteinander ein wesentlicher Eckpfeiler für die künftige Entwicklung Sachsens sind. Aspekte der Beteiligungskultur, der Wertschätzung, der Förderung sowie zur Organisation und Struktur wurden diskutiert.

Im Folgenden werden Empfehlungen und Ideen aus dem Teilnehmerkreis aufgelistet:

Beteiligung

- Zur **Stärkung des Miteinanders** sollte es entsprechende „Gelegenheiten, Ereignisse und Räume“ geben. Angeregt werden
 - o die Etablierung regionaler „Bürger-Stiftungen“, die sich dieser Aufgabe annehmen und entsprechende Vorschläge erarbeiten



- weitere Angebote wie das Projekt „Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft“, insbesondere unter Einbeziehen von Schülern
- Online-Diskurse zu wichtigen Zukunftsthemen
- in den Gemeinden eine Plattform zum Tausch von Dienstleistungen für gegenseitige Hilfe einrichten
- Die **demokratische Kultur** sollte als Grundlage des Miteinanders gezielt gefördert werden. So sollten
 - Werte für das Zusammenleben sowie die Funktionsweise des Systems der freiheitlich-demokratischen Grundordnung intensiver, stärker und besser erklärt und vermittelt werden
 - Projekte zur Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit intensiviert werden
 - die Bürger bei größeren Vorhaben frühzeitig beteiligt und ihnen geplante Maßnahmen transparent und verständlich dargelegt werden
 - Jugendliche stärker in politische Debatten eingebunden werden
 - soziale Netzwerke wie Instagram, Snapchat und Twitter für die politische Bildung genutzt werden
- Polizei und Gerichte sollten diejenigen **konsequent verfolgen und zügig bestrafen**, die durch Gewalt, Zerstörungswut und Hasstiraden den Zusammenhalt gezielt stören.

Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement

- Menschen, die sich **ehrenamtlich für die Gemeinschaft** engagieren, sollten **mehr Anerkennung** erfahren. Vorgeschlagen werden:
 - das Ehrenamt in einer landesweiten Kampagne würdigen und Vorbilder zeigen
 - zielgruppenorientierte Werbemaßnahmen unter anderem durch „Botschafter des Ehrenamts“ (sächsische Prominente, die für das Ehrenamt im Fernsehen, Radio oder Kino werben), um neue Ehrenamtliche zu gewinnen
 - Jugendliche in Schulen neugierig auf das Ehrenamt machen, frühe Bindungswirkung an Vereine schaffen, z.B. durch freiwillige Nachmittagsangebote an Schulen
 - Einführung einer Auszeichnung für diejenigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich vorbildhaft um ältere Menschen kümmern
 - ehrenamtliche Arbeit bei der Rente berücksichtigen
 - Vergünstigungen für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs, ggf. sogar Kostenbefreiung für ältere Ehrenamtler
 - für ehrenamtlich Tätige einen Bildungsurlaub einführen, damit sie sich für ihre Tätigkeit weiterbilden können und dafür keinen eigenen Urlaub nehmen müssen
 - ehrenamtlich erbrachte Leistungen besser honorieren, die in Sachsen seit Jahren unveränderten Sätze anpassen
 - die Ehrenamtskarte als richtigen Ansatz weiterentwickeln, dazu sollten
 - die Ehrenamtskarte bekannter gemacht werden
 - sich sehr viel mehr Kommunen und Kooperationspartner mit Vergünstigungen beteiligen
 - die Ehrenamtskarte nicht auf Antrag (Formular), sondern auf Vorschlag vergeben und durch den Bürgermeister übergeben werden
- **Formalitäten und bürokratischer Aufwand**, die für Vereine und ehrenamtlich Tätige oftmals eine Hürde darstellen, sollten auf das Notwendigste reduziert werden. Empfo-



len werden:

- die Vielzahl an Förderprogrammen eindampfen und in einem Programm für das Ehrenamt konzentrieren
 - Fristen beispielsweise für den Nachweis der Gemeinnützigkeit oder andere Prüfungen verlängern
 - Förderprogramme so anpassen, dass die Unterstützung von Vereinen nicht an fehlenden Eigenmitteln oder an notwendigen Vorleistungen scheitert
 - Kontinuität im Ehrenamt durch die Verlängerung von Förderperioden fördern
 - Vereine zu steuerlichen Fragen durch Informationen und Beratung unbürokratisch unterstützen
 - Vereine von der Entrichtung der Künstlerabgabe (Gema) befreien
- Eine **landesweite Koordinations-/Servicestelle für das Ehrenamt** sollte das persönliche Engagement von Ehrenamtlern als Kontaktstelle und durch Betreuung, Beratung, Vermittlung oder Vernetzung unterstützen.
 - Auch in den Regionen sollten „**Ehrenamtsmanager**“ als Ansprechpartner zu Fragen rund um das Thema Ehrenamt und als Werber für bürgerschaftliches Engagement zur Verfügung stehen.
 - Mit dem Ziel des Erfahrungsaustauschs und der Wissensvermittlung sollte der Ministerpräsident eine „**Sächsische Ehrenamtsbörse**“ ins Leben rufen.

Wirtschaft

Die strukturelle Entwicklung der regionalen Wirtschaft bestimmte die Diskussionen. An die politisch Verantwortlichen wurde appelliert, eine aktive Standortpolitik auch außerhalb der Zentren zu betreiben. Sowohl die Erreichbarkeit als auch die Attraktivität des ländlichen Raums in besonderem durch einen leistungsfähigen Internetzugang werden als wichtige Erfolgskriterien gesehen, um Arbeitsplätze zu erhalten bzw. zu schaffen und benötigte Fachkräfte „in die Provinz“ zu bekommen.

Im Folgenden werden Empfehlungen und Ideen aus dem Teilnehmerkreis aufgelistet:

Regionale Wirtschaftsentwicklung

- Die Landesregierung sollte eine **aktive Standortpolitik** zugunsten der Wirtschaft im ländlichen Raum betreiben. Empfohlen werden:
 - mehr Freiräume schaffen und eine „Politik des Ermöglichen“ verfolgen
 - die Wirtschaftsförderung auf den Mittelstand fokussieren
 - Netzwerke verschiedener Technologiebereiche über Sektoren hinweg fördern
 - die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaftsförderung des Freistaates und der Landkreise intensivieren
 - Förderprogramme mehr auf Innovation und Infrastruktur für den ländlichen Raum ausrichten
 - bei der Standortentscheidung für Landesbehörden den ländlichen Raum prioritär berücksichtigen, auch Bundesbehörden nicht nur in Metropolen ansiedeln
 - regionale Standortnachteile wie höhere Energiekosten minimieren, bspw. durch



- den politischen Einsatz für gerechtere Verteilung der Netzkosten
 - keine weitere Umwidmung bisheriger Industriebetriebsflächen zu Naturraumflächen
- Auch **weiche Standortfaktoren** dürften gerade im ländlichen Raum nicht vernachlässigt werden. So sollten
 - qualitativ hochwertige Erziehungs- und Bildungseinrichtungen vorhanden sein (siehe Kapitel Bildung)
 - die Regionen mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein (siehe Kapitel Infrastruktur)
 - kulturelle Angebote eine vielfältige und attraktive Freizeitgestaltung ermöglichen
- Zur **Nachwuchs- und Fachkräftesicherung** sollten Unternehmer selbst in die Schulen vor Ort gehen und für die berufliche Ausbildung werben. Die öffentliche Hand sollte solche Initiativen durch ein zuverlässiges Angebot an Koordination und Vermittlung unterstützen.
- Im Rahmen eines aktiven Standortmarketings sollte ein **Regions-Logo** entworfen werden, das alle regionalen Unternehmen gleichermaßen nutzen könnten, um die eigene Region bekannter zu machen.
- Bei der Ausschreibung von Arbeitsplätzen sollten mögliche **Perspektiven für Partner** mitbedacht werden.
- Zur Steigerung der Attraktivität des Vogtlandes sollte sich der Freistaat für die Anerkennung der **Göltzschtalbrücke als Weltkulturerbe** einsetzen.

Förderung von Unternehmen

- Insbesondere bei der **Vergabe von Fördermitteln** sollten bürokratische Barrieren abgebaut und Verfahren vereinfacht werden. Dazu werden vorgeschlagen:
 - Experten aus der Praxis (potenzielle Antragsteller) schon bei der Ausschreibung von Förderprogrammen einbeziehen
 - vertretbare Fristen nicht nur dem Antragsteller auferlegen, sondern auch dem Fördermittelgeber bezüglich Entscheidung und Vergabe
 - bei der Beantragung von Fördermitteln den Unternehmen in den Regionen eine kompetente und unternehmerfreundliche Beratung anbieten
- In der Verwaltung sollte grundsätzlich ein **Mentalitätswechsel** hin zum Dienstleister erfolgen.
- Kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sollten gezielt mit **Aus- und Weiterbildungszuschüssen** unterstützt werden.
- Unternehmen sollten bei der **Nachfolgeregelung** vom Staat unterstützt werden.
- Innovative unternehmerische Ideen aus dem ländlichen Raum sollten einen unkomplizierten **Zugang zu Wagniskapital** bekommen. Dazu sollte die Wirtschaftsförderung des Landes eine Plattform organisieren, auf der innovative Unternehmer ohne große Hürden mit seriösen Investoren (Beteiligungskapitalgebern) in Kontakt treten können.
- Der **Bürokratieaufwand** und die Dokumentationspflichten sollten verringert werden.



Forschung

In einer Gruppe widmeten sich Teilnehmer eigens der Frage, wie Sachsen auch als wichtiger Forschungsstandort weiter qualifiziert werden kann. Bei der Spitzenforschung gehe es um kluge Köpfe, die weltweit mobil sind. Gleichwohl habe das Thema auch eine regionale Komponente. Da kleinere und mittlere Unternehmen kaum selbst in Forschung und Entwicklung investieren können, bedürfen sie einer gezielten Unterstützung, beispielsweise durch Förderung oder die Vernetzung mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Im Folgenden werden Empfehlungen und Ideen aus dem Teilnehmerkreis aufgelistet:

- Kleine und mittlere Unternehmen sollten in ihren **Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten** begleitet und unterstützt werden. In diesem Sinne sollten
 - o die anwendungsorientierte Forschung ausgebaut und Kooperationen oder Verbände mit KMU organisiert werden
 - o Forschungsinstitute nicht nur in Ballungszentren, sondern in unmittelbarer Nähe der ländlichen Regionen aufgebaut werden
 - o Forschung und Entwicklung für KMU steuerlich gefördert werden
 - o der „Förderdschungel“ beseitigt und eine Übersichtlichkeit der Förderangebote im Forschungsbereich geschaffen werden
 - o eine eigene Forschungsförderrichtlinie für KMU erarbeitet werden
 - o praxisnahe Forschungsförderprogramme wie den Innovationsassistenten für Berufsakademien zugänglich gemacht werden
- Im Dienste einer praxisnahen und effektiven Forschungslandschaft sollte die Staatsregierung eine **Koordinierungsstelle** einrichten, die die Vermittlung zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Fördermittelgebern übernimmt.
- **Spitzenforschung** sollte ein klares Ziel der sächsischen Forschungspolitik sein. Dazu sollte Sachsen den Wettbewerb um die besten Forschungskräfte weltweit aufnehmen und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, bspw. durch:
 - o die deutliche Verkürzung der Bearbeitungsdauer von Forschungsanträgen (derzeit bis zu einem Jahr, in den USA und Kanada bereits nach zwei Wochen)
 - o Verlängerung der Laufzeiten von Arbeitsverträgen und Vollzeitbeschäftigung für den Forschungsnachwuchs
- Für die Wichtigkeit der Forschung und entsprechender Berufe sollte grundsätzlich ein größeres **Bewusstsein** geschaffen werden. Vorgeschlagen werden:
 - o eine Informationsoffensive für Forschungsberufe gegenüber Eltern und in Schulen
 - o mehr Vermittlung von Wissen in den MINT-Fächern und Animation zu technischen und naturwissenschaftlichen Ausbildungen
 - o stärkeres Werben bei Firmenchefs mit Fachkräftebedarf, Schüler oberer Klassen aktiv anzusprechen und Angebote für duale Ausbildung bzw. duales Studium zu unterbreiten



Infrastruktur

Grundsätzlich sehen die Teilnehmer eine intakte Infrastruktur als wichtiges Kriterium für das Leben im ländlichen Raum. Zudem sei sie eine notwendige Bedingung für die regionalwirtschaftliche Entwicklung und die Chance, im überregionalen Wettbewerb Stand zu halten. Für die Zukunft Sachsens werden die digitale Infrastruktur und moderne Mobilitätskonzepte als besonders wichtig angesehen. Bei den Diskussionen um Verkehrsinfrastruktur einte die Teilnehmer der Wunsch, im ländlichen Raum eine gute und flexible Anbindung an die Ballungszentren bzw. die Fernverkehrsnetze zu behalten oder zu erlangen. Die Mobilität sollte sowohl individuell über gut ausgebaute, sichere Straßen als auch über komfortable öffentliche Verkehrsmittel gewährleistet werden.

Im Folgenden werden Empfehlungen und Ideen aus dem Teilnehmerkreis aufgelistet. Zur besseren Übersicht sind diese nach Themenbereichen geordnet.

Digitale Infrastruktur

- Die **Verfügbarkeit eines schnellen Internets** ist insbesondere für Unternehmen im ländlichen Raum von zentraler Bedeutung und sollte schnellstmöglich und flächendeckend sichergestellt werden.
- Der Zwischenschritt, zunächst den Ausbau auf 50 Mbit/s voranzutreiben obwohl bereits die Technik für 100 Mbit/s zur Verfügung steht, ist **kritisch zu überdenken**.
- Die Verantwortung für den Ausbau sollte **staatlicherseits** getrieben und darf nicht allein den Telekommunikationsunternehmen überlassen werden.
- Fördermittel für Breitbandausbau sollten **in einer Förderrichtlinie** konzentriert werden.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

- Grundsätzlich sollte **über attraktive Angebote eine größere Nachfrage** für den ÖPNV geschaffen werden. Zu diesem Zweck sollten
 - o die Bevölkerung in die ÖPNV-Planung einbezogen werden
 - o die bestehenden Angebote hinterfragt und überarbeitet werden, sodass neben Schulen auch Einkaufszentren, Gewerbegebiete oder Pendlerparkplätze Berücksichtigung finden
 - o die Finanzierung des ÖPNV sozialverträglicher gestaltet werden
 - o in der ÖPNV-Finanzierung ein Flächenfaktor integriert werden
- **Übergänge zwischen verschiedenen regionalen Verkehrsverbänden** sollten für Kunden keinerlei Hindernisse darstellen, mitunter aber – z.B. in Mittelsachsen – bewegen sich Pendler innerhalb von drei verschiedenen Anbietern, Tarifen und Taktfrequenzen. Angeregt werden:
 - o auf Landesebene eine Stelle zur Koordination der Verkehrsverbände einrichten
 - o regionale Verkehrsverbände zusammenzulegen
 - o ein System entwickeln, das die Nutzung verschiedener Verbände mit einem einheitlichen Ticket ermöglicht
- Generell sollte ein **Mobilitätspass** eingeführt werden, der maximale Flexibilität in der Wahl der Verkehrsmittel ermöglicht.



- Dort, wo das Angebot des ÖPNV stark an die Schülerbeförderung gebunden ist, sollte auch außerhalb der Schulzeiten sowie in den Ferien ein **attraktives Angebot** aufrechterhalten werden.
- Das neue **Verkehrsprojekt „Muldental in Fahrt“** der Regionalbus Leipzig GmbH sollte anderen Regionen Beispiel geben. Das Pilotprojekt, in dem vertaktete Buslinien mit Bahnanschlüssen neue Verbindungen und zusätzliche Mobilitätsangebote auch zu anderen Zeiten ermöglichen (mit fixen Taktzeiten im 1- oder 2-Stunden-Rhythmus und 25 % mehr Haltestellen), wurde so strukturiert und standardisiert entwickelt, dass es für andere Regionen übertragbar ist.

Straßen-, Schienen- und Güterverkehr

- **Verkehrssysteme mit intelligenter Vernetzung** der vorhandenen Strukturen und neuer Technologien, wie digitale Leitsysteme, sollten gefördert werden.
- Für den Umstieg auf umweltfreundliche Autos sollten Anreize geschaffen werden. Die **Elektromobilität** sollte gefördert und ein **Tankstellennetz für Elektro-Fahrzeuge** aufgebaut werden.
- Die Verkehrssicherheit auf der **Autobahn A 4 zwischen Dresden und Görlitz** sollte erhöht werden, da sie durch Gütertransporte stark überlastet und insbesondere zwischen Burkau und dem Dreieck Dresden einen gefährlichen Unfallschwerpunkt bildet.
- **Stark befahrene Bundesstraßen** sollten ausgebaut werden.
- Der Güterverkehr sollte teilweise von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Dazu sollte die Idee der **rollenden Landstraße** bundesweit wiederbelebt werden.
- Die Eisenbahnstrecke zwischen Dresden und Görlitz sollte **elektrifiziert** werden.
- Die **Bahnanbindung** ländlicher Regionen an Ballungszentren sollte verbessert werden, insbesondere die Fernverkehrsanbindung (ICE) für Westsachsen.
- Neue **flexible Mobilitätslösungen** sollten entwickelt und an die Bedürfnisse des ländlichen Raumes angepasst werden. Vorgeschlagen werden:
 - o die Förderung von Zukunftskonzepten wie das autonome Fahren
 - o die Entwicklung eines Projektes „Modelldorf“ oder „Modellstadt“ zugunsten einer barrierearmen Mobilität
 - o aktive Beteiligung von Kommunen an Car-Sharing-Angeboten, bspw. durch das Angebot von Gemeindefahrzeugen, wenn diese zu eigenen Zwecken nicht benötigt werden
 - o kostenlose Parkplätze für Car-Sharing-Fahrzeuge (Vorbild Schweiz)
 - o ein digitales Angebot (App) zur Organisation von Mitfahrten in Form von Bürgerbussen oder Bürgertaxis, oder auch als „Bürger-Uber“

Radwege

- Als einfacher Weg zur Erweiterung und Verbesserung des Radwegenetzes sollten **land- und forstwirtschaftliche Wege** einbezogen und entsprechend saniert und unterhalten werden. In diesem Sinne sollten Konzepte oder Modellprojekte für eine multifunktionale Nutzung entwickelt werden.
- Der **Zugang zu Fördermitteln** für den straßenbegleitenden Radwegebau sollte durch



flexiblere Standards erleichtert werden.

- Privatpersonen bzw. Grundstückseigentümer sollten **frühzeitig in Planungsverfahren** eingebunden werden.

Innere Sicherheit

In den Diskussionsgruppen zum Thema Sicherheit herrschte unter den Teilnehmern Einverständnis darüber, dass die Sicherheit ein zentraler Bestimmungsfaktor für die individuelle Lebensqualität ist. Das Sicherheitsgefühl unterscheidet sich häufig von der tatsächlichen, messbaren Sicherheit. Bei Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Sicherheitslage gibt es besonders viele Verweise zu anderen Themen. Stichworte wie Wertewandel, Verständnis über politische Zusammenhänge, die Eingliederung von Flüchtlingen bis hin zur Sicherung der freiwilligen Feuerwehren schlagen die Brücke zu den Themen sozialer Zusammenhalt und Ehrenamt, Bildung oder Zuwanderung.

Im Folgenden werden Empfehlungen und Ideen aus dem Teilnehmerkreis aufgelistet. Zur besseren Übersicht sind diese nach Themenbereichen geordnet.

Sicherheit als gesamtgesellschaftliches Thema

- Als wichtige Präventionsmaßnahme sollten sowohl die **Werte für das Zusammenleben** als auch **Informationen über die Strukturen**, die die innere Sicherheit gewährleisten, verstärkt vermittelt werden. Vor allem müsse transparent werden, warum der Rechtsstaat viel Zeit bei gesetzeskonformer Ahndung von Verstößen brauche. Im Einzelnen werden vorgeschlagen:
 - o Kampagnen zur Förderung von gegenseitigem Respekt
 - o schon in der Schule über wichtige gesellschaftliche Zusammenhänge aufklären und die politische Bildung fördern, insbesondere klarstellen, warum viele Etappen in demokratischen Verfahren Zeit brauchen
 - o eine Förderung der Vereinsarbeit als Charakterbildung für junge Menschen verstehen – und damit unter anderem als Prävention von Gewalt und Drogenkonsum
- Der tendenziell als zu reißerisch eingeschätzten Berichterstattung sollte frühzeitig durch die **Vermittlung von Medienkompetenz** entgegengewirkt werden. In diesem Zusammenhang sollten sich Vertreter öffentlicher Stellen aktiv in Debatten in den sozialen Netzwerken einbringen, um Scheinrealitäten zu vermeiden.
- Mit der Cyberkriminalität sollte einem relativ neuen Spielfeld krimineller Handlungen mehr und gezielter Aufmerksamkeit geschenkt werden. So sollten **Aufklärungsveranstaltungen zum Thema Zivilrecht und IT-Sicherheit** für Schüler und Erwachsene ebenso wie für Gewerbetreibende Unwissen und Unsicherheit reduzieren.
- Diffuse Angst, die mit der Zuwanderung von **Flüchtlingen** einhergeht, sollte durch niedrigschwellige **Begegnungsmöglichkeiten** abgebaut werden.
- Im Rahmen einer konsequenten Aufklärung sollten **Fakten** über die „tatsächliche“ Sicherheitslage regelmäßig präsentiert und der „gefühlten“ Sicherheit entgegengesetzt werden.



Gefahrenabwehr und Strafverfolgung

- Die allgemein als wertvoll angesehene **Arbeit der Polizeibeamten** sollte mehr gewürdigt und die Rahmenbedingungen verbessert werden. Dazu sollten
 - o das Ansehen der Polizei insgesamt öffentlichkeitswirksam wertgeschätzt werden
 - o bei Gewalttaten gegen die Polizei härter durchgegriffen werden
 - o die Polizei durch Personal- und Budgetaufstockung im öffentlichen Raum wieder größere Präsenz zeigen, insbesondere in grenznahen Regionen
- Die **Zusammenarbeit zwischen Behörden** auf unterschiedlichen Ebenen (Land, Bund, Europa) sollte besser koordiniert und lückenlos abgestimmt werden. Dazu sollten
 - o ein entsprechender Datenpool für die Ermittlungsbehörden aufgebaut werden
 - o die Landesverfassungsbehörden zugunsten eines einheitlichen Bundesverfassungsschutzes mit allen Länderkompetenzen aufgelöst werden
- **Straftaten** sollten **konsequent verfolgt** und zügig geahndet werden. Sollte dazu mehr Personal bei Staatsanwaltschaften und Gerichten vonnöten sein, müsse dies gewährleistet werden.
- **„Null Toleranz vor Gewalt“** und **„Opferschutz vor Täterschutz“** sollten ein handlungsleitendes Prinzip sein.
- Zur Abschreckung und Verfolgung von Straftaten sollten **Videoüberwachungen** an öffentlichen Plätzen und Straßen möglich sein. Dabei sollte eine sinnvolle Balance zum Datenschutz der Bürger gefunden werden.
- Für die Untersuchungshaft von Mehrfachtätern sollte der **Haftgrund bei Wiederholungsgefahr** eingeführt werden.
- **Drogen- und Beschaffungskriminalität** sollten stärker verfolgt werden.
- Kriminelle Zuwanderer ohne Bleiberecht sollten **abgeschoben** werden.
- Die **Sicherheit an den Grenzen** sollte gewährleistet werden.
- **Extremismus** jeglicher Art sollte durch stärkere Präventionsarbeit bekämpft werden.
- Zur Verkehrssicherheit und da Dunkelheit auch Straftaten begünstigt, sollte der Trend einer abnehmenden **Straßenbeleuchtung** aufgehalten und umgekehrt werden.

Brandschutz

- Das **Ehrenamt als wichtiger Garant freiwilliger Feuerwehren** sollte gezielt gestärkt werden (siehe auch Kapitel Ehrenamt), bspw. durch:
 - o Auszeichnungen und öffentlichkeitswirksame Termine mit Ministern bzw. dem Ministerpräsidenten
 - o vereinfachten Versicherungsschutz für ehrenamtliche Feuerwehrleute durch die Umsetzung der entsprechenden Empfehlung/Muster der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung
 - o vereinfachte ärztliche Pflichtuntersuchungen der ehrenamtlichen Feuerwehrleute, da außerhalb der Berufstätigkeit am Wochenende kaum Möglichkeit für einen örtlichen Arztbesuch besteht
 - o Regelung ungeklärter Fragen zur Verdienstaufschlagregelung bei Einsätzen insbesondere für Selbständige



- Einführung einer verpflichtenden Feuerwehrrente
- Die Verfahren bei der Vergabe von Fördermitteln im Brandschutz sollten durch Einführung einer entsprechenden **De-minimis-Klausel** entbürokratisiert werden.
- Feuerwehren sollte der **Eigenanteil** bei der Förderung von Neuanschaffungen erlassen werden.
- Eine **zweckgebundene Feuerwehrrabgabe** sollte zur Finanzierung der Aufgaben im Brandschutz eingeführt werden.
- Für Einsätze der **Notfallseelsorge** sollte eine rechtliche Grundlage geschaffen werden.

Zuwanderung, Flüchtlinge, Integration

Schnell wurde deutlich, dass diese Themen sehr unterschiedlich besetzt sind. So stand für einen Teil der Teilnehmer das offensichtliche Leid der Geflüchteten im Mittelpunkt ihres Denkens und ihres persönlichen Engagements. Andere schilderten ihr wachsendes Unbehagen bezüglich radikaler Zuwanderer und potenzieller Gefährder. Wieder andere legten Wert auf die Unterscheidung zwischen Menschen, die verfolgt und schutzbedürftig sind, und „normalen“ Zuwanderern und unterstrichen die Sinnhaftigkeit eines Einwanderungsgesetzes.

Nach mehrheitlicher Auffassung müsse die Bereitschaft zur Integration auf beiden Seiten bestehen. Begegnungsräume schaffen und gegenseitiges Kennenlernen sollten von der Staatsregierung unterstützt werden. Das Bewusstsein für Kultur (auch die eigene) und Religion spielen nach Ansicht vieler Teilnehmer dabei eine bedeutende Rolle. In diesem Sinn sei Integration nicht als erforderliches Projekt, sondern als dauerhafter Prozess zu verstehen.

Die verschiedenen Sichtweisen auf das Thema werden in den Handlungsempfehlungen deutlich. Je nach Betonung des Unterstützungs- oder Gefährdungsaspekts gibt es Bezüge bei den Vorschlägen zu den Themen ehrenamtliches Engagement oder Sicherheit. Im Folgenden werden Empfehlungen und Ideen aus dem Teilnehmerkreis nach Themenbereichen aufgelistet.

Flucht/Asyl

- Im Sinne aller Beteiligten sollten **Asylverfahren beschleunigt** werden. In der Folge sollten
 - Statusentscheidungen schneller getroffen werden
 - eine schnellere Arbeitserlaubnis erteilt werden
 - flexiblere Möglichkeiten der Beschäftigung geschaffen werden, bspw. ähnlich dem in der DDR praktizierten zeitlich befristeten Vertragsarbeiterstatus
- **Asylmissbrauch** sollte konsequent zur Abschiebung führen.
- Zur Minderung des Gefährdungspotenzials sollten wieder **nationale Grenzkontrollen** eingeführt und potenzielle Gefährder strenger überwacht werden.
- Die Verwendung der vom Bund zur Verfügung gestellten **Mittel für die Flüchtlingshilfe** sollten vom Land transparent dargestellt und offengelegt werden.
- Um **Vorurteile und damit Ängste abzubauen** sollte zuverlässiger informiert und die Be-



völkerung über Hintergründe und Zusammenhänge besser aufgeklärt werden. Als Handlungsansätze werden genannt:

- eine Informationskampagne der Staatsregierung zu Zahlen und Fakten, bspw. Infoflyer an alle Haushalte oder Veröffentlichung in den Amtsblättern
- gute Beispiele („Leuchttürme“) besser sichtbar machen
- Fehlentwicklungen ehrlich analysieren und entsprechend kommunizieren
- verständliche Informationen über die unterschiedlichen Kulturen und Religionen (Islam, Christentum) zur Verfügung stellen und entsprechende Veranstaltungen anbieten, unter stärkerer Einbindung der Volkshochschulen
- den Islam im Schulunterricht behandeln

Integration

- Als Schlüsselrolle für die Integration wird die **sprachliche und kulturelle Bildung** gesehen. Folglich sollten ausreichend Sprachkurse für Deutsch angeboten und Grundlagen unseres Wertesystems vermittelt werden.
- Da Integration das **gegenseitige Kennenlernen** und Akzeptieren voraussetzt, sollten Gelegenheiten und feste Räume zur Begegnung geschaffen werden. Vorgeschlagen werden:
 - für eine dezentrale Unterbringung und lokale Begegnungszentren sorgen
 - in Erstaufnahmeeinrichtungen oder ehemaligen Gemeinschaftsunterkünften Treffpunkte für soziale Projekte oder Bürgercafés mit Informations- und Anlaufstellen einrichten
 - moderierte Dialogformate und Beteiligungsprozesse aufsetzen, die Flüchtlinge oder Zugewanderte explizit einbinden
 - gemeinsame Sport, Kultur oder sonstige Gruppenprojekte organisieren
 - den Erfahrungsaustausch unter Projekten bzw. zwischen Bundesländern organisieren, um neue Ideen und Anregungen zu bekommen
- In ihrem Engagement für Flüchtlinge sollten **Ehrenamtliche besser unterstützt** werden. Empfohlen werden:
 - eine entsprechende Einführung, Informationspakete sowie Coachings und Beratungen anbieten
 - Patenschaftsmodelle als effektive Unterstützung verbindlich regeln und finanziell fördern – vergleichbar mit gerichtlich bestellten Betreuern
 - Fördermittelprogramme mit den Nutzern in der Praxis evaluieren und bezüglich Projektdauer und Betreuungspersonal so weiterentwickeln, dass sie zur Verstärkung des ehrenamtlichen und gemeinnützigen Engagements beitragen
- Die **formalen Rahmenbedingungen** sollten so angepasst werden, dass sie einer erfolgreichen Integration verlässlich zugutekommen. In diesem Sinne sollten
 - Bildungsangebote für Flüchtlinge über 18 Jahre geschaffen werden
 - die Berufsschulpflicht für junge Flüchtlinge auf das 21. Lebensjahr ausgeweitet werden
 - Produktionsschulen eingerichtet werden, die sowohl das Arbeiten als auch die Sprache gezielt näherbringen
 - Integrationsangebote nicht nur Flüchtlingen, sondern auch Spätaussiedlern und anderen Zugewanderten zugutekommen



- Integrationsbemühungen auf Kinder konzentriert und zugleich eine Mitwirkung der Eltern verpflichtend eingeführt werden
- bürokratische Hürden für die Anstellung von Flüchtlingen abgebaut sowie eine diesbezügliche Beratungs-Hotline eingerichtet werden
- Im Sinne eines **Förderns und Forderns** sollte eine mangelnde Mitwirkung der Begünstigten sanktioniert werden.

Zuwanderung

- Zu Gunsten des eigenen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes sollte Sachsen die Möglichkeit der **Fachkräftesicherung durch Zuwanderung** systematisch in den Blick nehmen. Vorgeschlagen werden:
 - Strategien für die Fachkräftesicherung durch Zuwanderung entwickeln
 - die Anwerbung von Fachkräften im Ausland durch den Freistaat koordinieren und fördern
 - die Ausbildung von Fachkräften (z.B. Pflege) im Ausland für den heimischen Bedarf nach den hier üblichen Standards unterstützen
 - Zuwanderung über ein entsprechendes Einwanderungsgesetz steuern

Entwicklung ländlicher Raum

Wie die vorherigen Kapitel zeigen, waren der ländliche Raum und seine Entwicklungschancen in nahezu allen Diskussionsrunden präsent. Einerlei ob zur Bildung, medizinischen Versorgung oder zur Wirtschaftsförderung diskutiert wurde, stets reflektierten die Diskussionsteilnehmer die besonderen Bedingungen außerhalb urbaner Ballungszentren.

Explizit zum Thema wurde die Entwicklung des ländlichen Raums in der Dialogveranstaltung für die Landkreise Nordsachsen und Leipzig. Vorschläge, die sich eindeutig einem anderen Themenbereich zuordnen ließen, sind in diesem Zwischenbericht bei diesen Themen eingeordnet. Nachfolgend finden sich Empfehlungen mit allgemeinerem Charakter.

Regionale Attraktivität

- Die ländlichen Regionen sollten unter dem Aspekt einer **guten Entwicklung aller Landesteile Sachsens** besonders gefördert werden. Im Einzelnen sollten
 - Mittelzentren in ihrer Ankerfunktion gestärkt werden
 - Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches und des Lernens von erfolgreichen Regionen geschaffen werden
 - eine zielgenaue Förderlandschaft zur Begünstigung ländlicher Räume geschaffen werden
 - Behördenstandorte im regionalpolitischen Interesse dezentralisiert werden
 - Industrieruinen beseitigt werden
 - regionale Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge präferiert werden
- Zur **Bindung der Menschen an die Region** sollten gezielt Anreize geschaffen werden. Vorgeschlagen werden:
 - Bildung von Wohneigentum für junge Familien fördern, bspw. durch besondere steuerliche Vergünstigungen



- ein flexibleres Bau- und Denkmalschutzrecht schaffen, das die Sanierung und Erhaltung privaten Eigentums befördert (z.B. bei der Sanierung alter Drei- oder Vierseithöfe)
- regionale Berufsbörsen, um Nachwuchs im Landkreis zu gewinnen

Kreative Ansätze

- Jenseits der öffentlichen Unterstützung sollten **neue kreative Möglichkeiten** in den Regionen ausprobiert und Pilotprojekte entwickelt werden. So sollten
 - die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum durch neue Ansätze wie Multifunktionshäuser (Dorfladen mit Basisausstattung, Arztprechstunde, Begegnungszentrum etc.) gesichert werden
 - leerstehende Gebäude für solche „multiplen Häuser“ genutzt werden, wie in den Gemeinden Thallwitz und Lossatal
 - (Netz-)Plattformen für eine „Share-Economy“ entwickelt werden, die Angebot und Nachfrage zusammenbringen und so das bürgerschaftliche Engagement stärken
 - Vorteile des ländlichen Raums besser herausgestellt und kreativer vermarktet werden (z. B. Natur und Seenlandschaft)

Familienpolitik

Beim Thema der Förderung von Familien, das ausschließlich in Annaberg-Buchholz von den Bürgern auf die Tagesordnung gebracht wurde, bewegte die Teilnehmer vor allem die Erziehungsleistung von Eltern an sich. Diese müsse grundsätzlich das Ziel verfolgen, das Selbstbewusstsein junger Eltern zu stärken und die Leistung für die Familie mehr wertzuschätzen.

Drei Hauptaspekte prägten die inhaltliche Diskussion: Die dauerhafte Finanzierung guter Beratungs- und Betreuungsangebote, die Förderung der Wiedereingliederung junger Mütter (und Väter) nach nachwuchsbedingten Auszeiten in den Arbeitsprozess und die oft langwierigen Rechtswege, denen Pflegefamilien und Adoptiveltern ausgesetzt sind.

Folgende Empfehlungen und Ideen kamen aus dem Teilnehmerkreis:

- Generell sollte eine **Umsteuerung bei der Finanzierung** erfolgen: Familienpolitik sollte nicht defizit-, sondern ressourcenorientiert sein. Sie sollte grundfinanziert anhand fachlich überprüfbarer Qualitätskriterien erfolgen.
- Für alle Bundesländer sollten **gleiche familienpolitische Regeln** gelten.
- Ein **Familienplitting** sollte eingeführt werden, um Familien mit Kinder steuerlich zu entlasten.
- Ein **vielfältiges Angebot an Unterstützungsleistungen** sollte Eltern und Familien bei der Bewältigung des Alltags helfen. So sollten
 - Tandems, offene Elternsprechstunden, Krabbelgruppen oder „Leih-Großeltern“, also Rentnerinnen und Rentner, die bei Bedarf ehrenamtlich in der Betreuung von Kindern unterstützen, angeboten werden
 - insbesondere junge Eltern intensiver in Fragen der Kindererziehung und Famili-



nehmern darüber, dass sich durch die intelligente Verknüpfung von Umweltschutz und Wirtschaft neue Arbeitsfelder ergeben und somit neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Einzelne Empfehlungen, Ideen und Vorschläge:

- Sachsen sollte seine **Investitionen in Forschung und Entwicklung** auf ein bundesweites Spitzenniveau steigern.
- Der **Ausbau der erneuerbaren Energien** sollte im Einklang mit Mensch und Natur erfolgen. Artenvielfalt und natürliche Lebensräume sollten nicht negativ beeinträchtigt werden. Vorgeschlagen werden:
 - o die Energiewende nicht auf Kosten des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes durchsetzen
 - o den notwendigen Bedarf von Windenergieanlagen festlegen, um Überkapazitäten zu vermeiden
 - o ein paritätisches, mit Bürgern besetztes Gremium einrichten, das den Nutzen und Schaden von Windkraft – inklusive der Auswirkungen auf die Gesundheit – auf Basis der verschiedenen, sich widersprechenden Quellen untersucht, möglichst unter Einbeziehung unabhängiger Wissenschaftler z. B. der TU Freiberg
- Um die Energieversorgung **bezahlbar und sicher** zu gestalten, sollten Grundlastkraftwerke die erneuerbaren Energien ergänzen. In diesem Sinne sollten
 - o ein effizienter Energiemix unter Einbeziehung der Braunkohle sichergestellt und Subventionen vermieden werden
 - o in Forschung und Entwicklung zugunsten der Speicherung von Energie investiert werden
- Beim **Ausbau der Infrastruktur** sollten
 - o Erdkabel den Vorzug vor Strommasten bekommen
 - o für den Fall, dass Strommasten unabdingbar sind, vertragliche Abstandsregelungen zu umliegenden Häusern geprüft werden
 - o Bürger über Infrastrukturmaßnahmen frühzeitig informiert und in die Planungen einbezogen werden
- Die **Effektivität der Förderung** im Umwelt- und Klimaschutz sollte regelmäßig evaluiert werden.
- Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes sollten frühzeitig **im Bildungsbereich** thematisiert werden. Dazu sollte über den Klimawandel und Möglichkeiten des Umweltschutzes z.B. im Rahmen des Unterrichts und mittels Exkursionen von Klein an aufgeklärt werden.

Finanzielle Ausstattung von Kommunen

Die Diskussion zu den kommunalen Finanzen fand einzig in Wurzen statt und wurde von Fachleuten und Verantwortungsträgern geprägt. Im Fokus der Diskussion standen die Eigenmittel der Kommunen, die als zu gering angesehen werden, so dass mit Mühe die Pflichtaufgaben erfüllt werden, aber die Mittel für freiwillige Aufgaben oft sehr begrenzt sind. Auch wurde auf die Problematik hingewiesen, dass der Anteil der Steuern an den Einnahmen der Kommunen in Sachsen relativ gering ist, der Anteil an Zuweisungen des Landes jedoch relativ hoch.



Nach Auffassung der Teilnehmer hängen viele Kommunen am Tropf der Fördermittelgeber. Auf Fördermittel verzichten wolle gleichwohl niemand. Vielmehr sollte beispielsweise das Förderprogramm „Brücken in die Zukunft“ fortgeführt werden. Zudem wurde die Unverständlichkeit der Haushaltspläne durch die neueingeführte Doppik kritisiert. Durch deren Komplexität habe sich der Ansatz, damit mehr Transparenz schaffen zu wollen, ins Gegenteil verkehrt.

Im Folgenden werden Empfehlungen und Ideen aus dem Teilnehmerkreis aufgelistet:

Förderprogramme

- Fördermechanismen sollten dahingehend angepasst werden, dass die Kommunen **zeitlich und inhaltlich mehr Spielraum** haben. Vorgeschlagen werden, weniger zweckgebundene Zuwendungen zu vergeben und somit mehr Entscheidungsfreiheit für die Kommunen zu schaffen.
- Das **Förderprogramm „Brücken in die Zukunft“** sollte verstetigt werden.
- Es sollte eine **Förderrichtlinie** für die Weiterentwicklung von **e-Government** geben.
- Kommunale Einrichtungen der Daseinsvorsorge sollten bei der **Besteuerung einfacheren Regelungen** unterliegen.

Finanzielle Verteilung

- Die Rahmenbedingungen sollten mit dem Ziel der **Unterstützung von Kommunen** überprüft und ggf. angepasst werden. Im Einzelnen wird vorgeschlagen:
 - o Kommunen mehr Eigenverantwortung bei Verwendung finanzieller Mittel geben
 - o eine „Experimentierklausel“ für die Einführung von Regionalbudgets und die Erprobung in einer Modellregion
 - o die Bedarfszahlen für die Berechnung der Zuweisungen für die Pflichtaufgaben auf der Grundlage von Regionalplandaten an aktuelle Entwicklungen anpassen
 - o eine Umverteilung der Mittel zwischen Bundesländern und Kommunen zugunsten der Kommunen

Bürgernahe Kommunalfinanzen

- Das **Verständnis der Bürger und Gemeinderäte** für politische Rahmenbedingungen und Prozesse – und damit auch für Sachzwänge – sollte befördert werden. Insbesondere sollten
 - o politische Entscheidungen mit finanziellen Konsequenzen verständlicher vermittelt werden
 - o eine Kommunikations-Offensive (Internet, Stärkung Dialogprozesse auf kommunaler Ebene, neue Kommunikationskanäle etc.) zugunsten eines besseren bürgerlichen „Finanzbewusstseins“ erwogen werden
- Im **kommunalen Haushaltswesen** sollte generell mehr Transparenz geschaffen werden, wobei konkret die Überführung von Regelungen aus der Kameralistik, z.B. bei der Kostenleistungsrechnung, in die Doppik genannt wurde.



3.2. Konkrete Ideen aus der Online-Beteiligung

Die Online-Beteiligung bildete ein zusätzliches Angebot der Mitwirkung. In einem „Live-Dialog“ bestand während der regionalen Dialogveranstaltungen die Chance, eigene Aspekte anzubringen. Diese fanden stichpunktartig noch in der Veranstaltung Erwähnung. Eine kurze Zusammenfassung der jeweiligen Dialogveranstaltung auf dem Dialogportal des Freistaates Sachsen lieferte zudem die Grundlage für einen weiteren siebentägigen Ergebnis-Dialog. Auch hier waren alle interessierten Teilnehmer frei, besprochene Inhalte zu kommentieren, eigene Vorschläge zu unterbreiten oder auch weitere Themen zu platzieren.

Die Beiträge der Online-Beteiligung sind oftmals Plädoyers oder Appelle. Missstände werden beschrieben und ein entsprechender Handlungsbedarf formuliert. Konkrete Verbesserungsvorschläge finden sich teilweise. Der Umfang der Beiträge ist unterschiedlich. Mal wird eine Situation oder eine Forderung in einem knappen Satz aufgeschrieben. Andere beschreiben ausführlich konkrete Anliegen und (lokale) Vorhaben, die offenbar schon länger diskutiert werden aber noch nicht im Sinne des Absenders entschieden sind.

Einzelne Teilnehmer beziehen sich direkt auf die regionale Dialogveranstaltung und präzisieren inhaltliche Aspekte oder untermauern ein Argument. Manchmal werden auch Beiträge des Online-Dialogs selbst kommentiert. Manche Teilnehmer danken explizit für die Durchführung des Projektes und das Angebot der Online-Beteiligung.

Alle Beiträge können auf dem Internetportal unter www.dialog.sachsen.de eingesehen werden. Nachfolgend sind einzelne Vorschläge aus der Online-Beteiligung, die die Empfehlungen und Ideen der regionalen Dialogveranstaltungen ergänzen, aufgeführt.

Thema: Bildung

- Flächendeckende Einführung von Ganztagschulen mit der Begründung, dass Ganztagschulen, die soziale Benachteiligung von Schülern am ehesten abfangen und sie nebenher auch noch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei den Eltern verbessern
- Würdigung von Sozialkompetenz und Engagement für andere durch Einführung von Zeugnisnoten ab Klasse 7 für „Soziales Engagement“
- Entwicklung von Konzepten und Methoden zur Verbesserung der Medienkompetenz, konkretes Beispiel: Einführung eines Medienführerscheins wie in Bayern
- Erarbeitung eines Konzepts „Lebenslanges Lernen“

Thema: Alter und Pflege

- Altersarmut bekämpfen durch eine Reduzierung der Gehälter und Bezüge in Management, Politik und Wirtschaft und bei Lobbyisten um bis zu 10 %
- Erarbeitung eines Haltekonzepts für Auszubildende im Pflegebereich, dazu Gründung einer Arbeitsgemeinschaft mit allen Beteiligten, um den Trend des Fachkräftemangels, obwohl in Sachsen über Bedarf ausgebildet werde, zu brechen

Thema: Sozialer Zusammenhalt, Engagement, Ehrenamt

- Umstellung der Förderung gemeinnütziger Vereine, die eine gesetzliche bzw. hoheitliche Aufgabe im Freistaat wahrnehmen, auf die Zahlung von nicht rückzahlbaren Zu-



schüssen

- Einführung eines online-Diskurses wie 2015 in Schottland: Diskussion von Teilen der schottischen Regierung mit mehreren tausend Bürgern mit dem Ziel herauszufinden, ob und wie Bürgerengagement und engere Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen und Bürgern angesichts der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen gestärkt werden kann
- Mehr Bürgerbeteiligungen wie „Miteinander in Sachsen – Für eine starke Zukunft“ in Sachsen durchführen, um miteinander Vorurteile abzubauen, unzulässigen Verallgemeinerungen entgegenzutreten und des gegenseitigen Respekts wegen

Thema: Wirtschaft

- Einberufung eines Gremiums aus Staat, Wirtschaft, Gewerkschaft und Bürgern, das die Anforderungen der amtlichen Statistik an die Unternehmen überprüft mit dem Ziel, diese zurückzufahren
- Reform der Unternehmensbesteuerung auch zur Erhöhung der Eigenkapitalbildung in der mittelständischen Wirtschaft, indem der Teil des Unternehmensgewinns, der reinvestiert wird, steuerlich begünstigt wird
- Einführung einer Ausbildungsentschädigung: Ausbildungsbetriebe sollen – ähnlich wie im Fußball – eine Ausbildungsentschädigung von den größeren Betrieben erhalten, die Ausgebildete abwerben und somit die Investitionen der Ausbildungsbetriebe in eigene Auszubildende nicht rentierlich machen

Thema: Infrastruktur

- Abweichen von Standards beim Straßenbau (geringere Breite der Straße bei weniger stark befahrene Straßen und dafür mit Einbuchtungen)
- Wieder regelmäßige durchgehende Befahrung der Bahnstrecke Leipzig-Döbeln-Dresden auch wegen der starken Überlastung der A4 zwischen dem Dreieck Nossen und Dresden
- Hauptverantwortung für den Bahnverkehr in Sachsen in die Hände der Verantwortlichen des Freistaates legen

Thema: Zuwanderung, Flüchtlinge, Integration

- Schaffung eines Bildungsangebotes „Integration“ für ehrenamtlich tätige Bürger durch den Freistaat nicht nur in den Städten, sondern auch in den Orten, in denen Flüchtlinge leben
- Ausreisepflichtige Asylbewerber, die seit Jahren in Deutschland leben, die deutsche Sprache sprechen und sich gesetzestreu verhalten, nicht abschieben sondern als Zuwanderer begreifen und integrieren; Verfahrenswechsel für ausreisepflichtige Asylbewerber ermöglichen, damit nicht die Falschen abgeschoben werden

Thema: Entwicklung ländlicher Raum

- Stärkere Förderung der Ortskernsanierung statt Ausweisung neuer Wohngebiete
- Ungenutzte Räume (z.B. Kirchen, Bahnhöfe) als lokale Coworking- und Innovationszentren etablieren, die auch soziale Innovationen (z.B. Neuordnung des ÖPNV mittels Apps; Nachbarschaftseinkäufe) ermöglichen und Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Breitbandausbau) unterstützen
- Servicecharakter der Verwaltung erhöhen: Auf Wunsch Hausbesuche von Mitarbeitern



der Gemeindeverwaltung bei älteren Bürgern (zum Beispiel in Melde- und Passangelegenheiten) ermöglichen

Thema: Umwelt- und Klimaschutz

- Keine neuen Windräder in der Grenzregion Sachsen, Bayern, Thüringen im Vogtland zu lassen, entsprechende Änderung des Energie- und Klimaschutzprogramms Sachsens
- Am Beispiel der öffentlichen Verkehrsanbindung des Störmthaler Sees: Bei der touristischen Erschließung müssen Besucherströme sinnvoll gelenkt werden. Eine Partizipation der Bewohner im ländlichen Raum am ÖPNV muss dabei ermöglicht werden, jedoch mit Augenmaß und ohne Zerstörung des eigentlichen Natur- und Erholungswertes und in vertretbarem Kosten-Nutzen-Verhältnis

Thema: Finanzielle Ausstattung von Kommunen

- Auflegen eines Plans zum Schuldenabbau (Vorbild: Bayern bis 2030 Schuldenfreiheit) und die jährlich eingesparte Zinslast des Landes den Kommunen zur Verfügung stellen

4. Einschätzungen und Empfehlungen des Dialogbeirates

Im Verlauf der Bürgerbeteiligung haben die Beiratsmitglieder von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, an den sechs Vorbereitungsgruppen und/oder den sechs regionalen Dialogveranstaltungen persönlich teilzunehmen. Sie haben sich so ein eigenes Bild von der Arbeit in den Veranstaltungen gemacht. Ihre wesentlichen Eindrücke und Erkenntnisse aus den Dialogveranstaltungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der stufenweise Aufbau, insbesondere das Vorschalten der Vorbereitungsgruppe vor die eigentlichen Bürgerdialoge und deren strukturierende Moderation habe sich für die Themenfindung als sinnvoll erwiesen. Auch der methodische Ansatz, die eigentlichen Diskussionen in den Dialogveranstaltungen in kleinen, wiederum moderierten Gruppen sei zielführend gewesen, da dadurch eine strukturierte Diskussion zu Stande kam. Die Anwesenheit eines „Tischpaten“ aus der Staatskanzlei, der die Vorschläge, Ideen und Empfehlungen unmittelbar zur Kenntnis nehmen können, wurde positiv bewertet.

Nicht optimal sei der Übergang von der Darlegung der Probleme zum Formulieren konkreter Handlungsvorschläge gelungen. So hätten die Diskutanten ihre Anliegen zwar zum Ausdruck gebracht, häufig aber keine tiefer untersetzten Vorschläge zur Problemlösung formuliert. Hier wurde für zukünftige Formate vorgeschlagen, den Bürgern auf geeignete Art und Weise eine Unterstützung durch die Vermittlung von zusätzlichen Wissensträgern (z. B. durch „Inputgeber“) zu gewähren.

Kritisch angemerkt wurde, dass nur eine geringe Anzahl von Jugendlichen an den Dialogen teilgenommen hätten. Jugendliche würden sich für die angesprochenen Themen interessieren und sich bei politischen Diskussionen auch einbringen. Man müsse sie aber in ihren Räumen abholen. Da das Format bewusst offen und nicht zielgruppenspezifisch ausgerichtet war, konnte man diesem Anspruch verständlicherweise nicht gerecht werden. Daher sei zu überlegen, wie mit anderen Formaten speziell die Jugend angesprochen werden könne, z.B. im Rahmen der



kulturellen Bildung, in der Schule oder auch über eine noch stärkere Nutzung neuer Medien.

Mit den Ergebnissen des Bürgerdialogs könne man zufrieden sein. Über die Vorschläge und Empfehlungen der Bürger hinaus müsse man als zusätzlichen Schwerpunkt die Bedeutung der politischen Bildung nicht nur in der Schule behandeln. Man habe den Eindruck, dass die Rolle des Staates überschätzt und demgegenüber die Möglichkeiten des Einzelnen unterschätzt würden. Zudem müsse mehr für den Dialog zwischen den Generationen getan werden, um gegenseitige Vorurteile abzubauen.

Der Gemeinwohlgedanke dürfe bei der Vielzahl an Einzelvorschlägen im weiteren Verfahren nicht außer Acht gelassen werden. Für das Verständnis demokratischer Prozesse gelte es mehr zu werben. Die Ergebnisse sollten als Chance gesehen werden, deutlicher zu vermitteln, was bereits getan werde, welche Beteiligungsmöglichkeiten es gebe und Ansprechpartner zu benennen.

Neben der politischen Bildung und der besseren Verzahnung von Vorschule und Schule seien die Integrationschancen durch Bildung, die identitätsstiftende Wirkung von kultureller Bildung insbesondere auf Jugendliche sowie die Zukunft der beruflichen Umschulung und Weiterbildung mit Blick auf die sich rasant ändernde Arbeitswelt in den Blick zu nehmen. In Spiegelung der Diskussionen über alle Dialogveranstaltungen hinweg verdienten die Themen der demokratischen Kultur, der politischen Bildung und Beteiligung als übergeordnetes Themenfeld eine besondere Aufmerksamkeit.

5. Fazit

Das offene Beteiligungsangebot hat Bürgerinnen und Bürger in den unterschiedlichen Regionen Sachsens erfolgreich miteinander, aber auch mit dem Ministerpräsidenten ins Gespräch gebracht und das Verständnis füreinander befördert. Das ergibt sich aus zahlreichen Rückmeldungen von Teilnehmern, aber auch von Vertretern der Staatskanzlei.

Mithilfe des Dialogs wurde eine grundlegende demokratische Praxis erlebbar – einander zuhören und miteinander reden. Immer wieder wurde offenbar, wie schwierig es ist, konkrete Lösungen oder Handlungsansätze für komplexe politische Themen zu erarbeiten – insbesondere dann, wenn die Interessenlagen selbst in Kleingruppen sehr unterschiedlich sind.

In der gesamten Phase der Bürgerbeteiligung wurde deutlich, dass die Teilnehmer das Dialogangebot mit den Chancen zur demokratischen Mitgestaltung tatsächlich angenommen haben. Die durchaus verbreitete anfängliche Skepsis, welches Ziel das Projekt verfolge, wich schnell der Wahrnehmung und Erfahrung, ernsthaft eingebunden und um seine ehrliche Meinung gebeten zu sein. Letztlich sind die Teilnehmer Ideen- bzw. Impulsgeber für die Debatte über künftige Entwicklungen in Sachsen.

Im Projektverlauf haben sich Bürger mit teils beeindruckendem Engagement auf Themen verständigt, die viele Menschen in den Regionen bewegen. Zudem wurden in konstruktiver Weise Handlungsbedarfe besprochen und entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeitet. Positiv bewertet wurde, dass der Beteiligungsprozess inhaltlich offen war und es keine thematischen



Vorgaben von Seiten der Staatskanzlei gab. Nicht zuletzt freuten sich die Teilnehmer, dass die Dialogveranstaltungen bewusst in ländlichen Räumen stattfanden.

Darüber hinaus hat die Bürgerbeteiligung eine grundsätzliche Erkenntnis gebracht. Viele Diskussionen ergaben, dass trotz vermeintlich unendlicher Informationsangebote empfohlen wird, mehr zu informieren, besser aufzuklären und das allgemeine Verständnis gezielter zu fördern. Festzuhalten ist, dass Jugendliche für das Dialogprojekt schwer erreichbar und damit im Verlauf des Projektes unterrepräsentiert waren. Auch wurde die Online-Beteiligung, die insbesondere zur jüngeren Zielgruppe eine Brücke schlagen sollte, von einem überschaubaren Teilnehmerkreis genutzt.

Bei aller konstruktiven Diskussion und etlichen konkreten inhaltlichen Vorschlägen gilt: In welcher Weise die eingebrachten Vorschläge der Bürger zur Gestaltung der Zukunft des Landes genutzt werden, obliegt den jeweils verantwortlichen Entscheidungsträgern. Die Positionierung des Ministerpräsidenten zu den Ideen und Vorschlägen erfolgt im Rahmen eines Bürgerforums.

Beteiligungsprozesse wecken immer Erwartungen. Und genauso sicher produzieren sie Enttäuschungen. Niemals können alle Wünsche erfüllt und alle Vorschläge umgesetzt werden. Das geht schon deswegen nicht, weil sich infolge unterschiedlicher Interessen der Beteiligten manche Handlungsansätze gar nicht miteinander vereinbaren lassen.

Richtigerweise wurde schon während der Dialogveranstaltungen um Verständnis dafür gebeten, wie anspruchsvoll Entscheidungsprozesse sein können und dass stets politische Mehrheiten gefunden werden müssen. Gleichwohl ist mit den geweckten Erwartungen auch im Weiteren umzugehen. Eine wichtige Rolle spielt dabei Transparenz. So gilt es zum Abschluss des Projektes transparent zu machen, was aus den Vorschlägen geworden ist.

